

# Cübeder Volksbote

## Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementssatz vierjährlich 3.00, monatlich 100 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgesetzte Pauschale oder deren Räum 35 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungssachen 25 Pf., ausdrückliche Anzeigen 45 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 85.

Freitag, den 12. April 1918.

25. Jahrg.

### Das preußische Herrenhaus auf dem Kriegspfad.

Wenn das preußische Haus der Herren eine politische Aktion unternimmt, so ist immer gewiss, daß ein „echt preußischer“ Plan im Schilde geführt wird. Das Herrenhaus benützte die Deutschrift der Regierung über die Ausführung des Gesetzes auf Förderung deutscher Ansiedlungen in den Provinzen Westpreußen und Polen zu einer Demonstration rücksichtsloser Schärfmacherie. Zu einer Schärfmacherie gegen die „undankbaren“ Polen, gegen die Reichstagsmehrheit, gegen den „weichen Frieden“, für „militärische Grenzsicherungen“ und für gehörige Kriegsentschädigungen. Dabei verschlägt es den Herrenhäusern gar nichts, daß sie in die Zuständigkeit der Reichsleitung und des Reichstages willkürlich eingreifen, obwohl sie es sind, die wegen angeblicher Einmischung des Reiches in bundesstaatliche Angelegenheiten zu lamentieren pflegen.

Die Sitzung des Herrenhauses begann mit einer Sitzgesrede des Präsidenten v. Arnim-Boizenburg. Für die folgende Beratung der Ansiedlungsdienstschrift lag eine Kommissionentschließung vor, die in ihrem Hauptabschnitt wie folgt lautet:

Das Herrenhaus gibt der zuverlässlichen Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung zumal im Hinblick auf die bis in die neueste Zeit hinein vertretene Haltung der politischen Fraktion des Abgeordnetenhauses, an der völkerrechtlichen Durchführung der zur Förderung deutscher Siedlungen in den östlichen Grenzprovinzen gegebenen geiehlichen Vorschriften unter allen Umständen festhalten, auch mit allem Nachdruck dafür eintreten wird, daß für die noch ausstehenden Vereinbarungen über die Feststellungen der zukünftigen Grenze des polnischen Königreichs die Rücksichtnahme auf die militärische Sicherung Preußens die unverzüglichbare Grundlage aller Verhandlungen zu bilden hat.

Zu dieser Entschließung wurde ein Zusatzantrag v. Körte eingebroacht, der besagt: „Die zu dieser militärischen Sicherung erforderlichen Mittel werden ebenso wie die zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die für den Wiederaufbau nur dann vorhanden sein, wenn bei den künftigen Friedensverträgen eine ausreichende Kriegsentschädigung ausbedungen wird.“ Der Berichterstatter der Kommission, Oberbürgermeister Körte-Königsberg, schlug sofort kräftige Töne an. Er sprach von einer unklaren Verhöhnungspolitik gegenüber den Polen und wendete sich gegen die Reichstagsabgeordneten Erzberger und Dr. Naumann, die mit Vertretern des polnischen Reichsrats verhandelt und ihnen zugesichert hätten, daß polnisches Gebiet für Grenzberichtigungen auf keinen Fall in Frage kommen soll. Diese Zusicherungen sollen nicht ohne Zustimmung der Regierung erfolgen. Das würde, sagte Herr Körte, „einen geradezu unglaublichen Rückschlag bedeuten in die Schwäche der deutschen Haltung bei unseren früheren Friedensverhandlungen“. Körte wendete sich beständig gegen die Reichstagentschließung vom 19. Juli und er verdeutlichte den Sinn der Kommissionentschließung, indem er erklärte: „Wir werden auch in Zukunft mit Millionen neuer Polen fertig werden, wenn wir in der Polenpolitik stetig fest bleiben.“ Schließlich forderte der Redner „eine große Kriegsentschädigung“. Nach Körte sprach General v. Körte für seinen Zusatzantrag. Seine Gesinnung offenbarte er u. a. in den Worten: „Wir müssen hart sein, unsere Gegner dürfen nicht mit dem blauen Auge davonkommen.“ Leider, sagte dieser Herr General weiter, stehen noch immer Erzberger und Scheidemann, „diese beiden Eispfeiler des Vergleichsfriedens“, aufrecht da. Eine „führende Rolle in Europa“ möge er Deutschland zu und warnte davor, Deutschland „mit Idealen zugrunde zu richten“.

Nach dieser Entladung ihrer schärfmacherischen Siegestromms nahm als Regierungsvertreter der Landwirtschaftsminister v. Eisenhart-Rothe das Wort zu Ausführungen, die den Beweis erbringen, daß auch die preußische Regierung immer weiter vor den Forderungen der Gewaltpolitik zurückweicht.

Über die Polenpolitik der Regierung sagte der Landwirtschaftsminister nichts Neues; er sprach für die Aushebung des Enteignungsparagraphen, der seine Wirksamkeit verloren habe, und für die entschiedene Fortführung der Ansiedlungspolitik; das deutsche Interesse müsse vorangehen, soweit damit vereinbar, könne den Polen entgegengesetzen werden. Außerdem aber machte der Minister über die allgemeine Politik im Osten einige sehr bezeichnende Bemerkungen:

Die Festsetzung unserer Ostgrenze sei in erster Linie zweiflos von preußischem Interesse. Pauscheln könne es wohl verlangen, daß bei den Abmachungen über diese Grenze das militärische Interesse genügend berücksichtigt werde, möge das bei auch eine Vermehrung der Zahl der Polen in Preußen als Nebenstand mit in Kauf genommen werden müssen. Ohne uns über sonstige Einzelheiten der Friedensbedingungen, Kriegsentschädigungen einzulassen, müßte man doch verlangen, daß die Abmachungen über Frieden von Regierung zu Regierung geführt werden, daß ja niemand — auch kein Pariser Vertrag — eingeschalten habe. Der Schutz der äußeren Grenze sei Angelegenheit des Reiches, im Innern sei der Schutz des Deutschen und die Siedlung eine rein preußische

Angelegenheit . . . Die Ostmark muß innerlich und äußerlich deutsch bleiben, wenn die Machtstellung des Reiches bestehen bleiben soll. Wir wissen auch, welche Gefahr entsteht, wenn dieses Werkzeug des Deutschen Reiches dauernd bedroht ist.

Diese Erklärungen des preußischen Regierungsvertreters sind geeignet, großes Aufsehen zu erregen. Sein Ausspruch gegen die Reichstagsabgeordneten ist völlig unberechtigt. Es ist das gute Recht und die Pflicht der Reichstagsabgeordneten, sich mit Vertretern der von Russland losgelösten Landesteile in Verbindung zu setzen, um sich ein Urteil über die Gestaltung der Verhältnisse in diesen Gebieten zu bilden und um ihren Fraktionen für ihre Stellungnahme zu den politischen und wirtschaftlichen Verträgen mit den neuen Staatsgebilden Vorschläge zu machen. Bei der Ungeheuerlichkeit der deutschen Stellungnahme gegen Polen und bei der wachsenden Erbitterung der Polen wegen der sie bedrohenden Annexions- und Aufteilungspläne war es um so mehr Pflicht der Reichstagsparteien, in diesen Dingen mitzuwirken und für eine gute Lösung der schwierigen Ostprobleme zu arbeiten. Wenn der preußische Minister sich gegen die Einmischung von Parlamentariern in das Friedensgeschäft, das nur Sache der Regierung sei, wendet, so scheint er in der Atmosphäre des Herrenhauses völlig zu vergessen, daß die Friedensverträge der Genehmigung des Reichstages unterstehen. Der Reichstag muß sich entschieden dagegen verwahren, daß ihm die Friedensverträge einschließlich vollendete Tatsachen vorgelegt werden. Er hat die Verpflichtung, sich rechtzeitig um die Dinge zu kümmern und einer Politik vorzubeugen, die er als bedenklich und verfehlt erkennt.

Als bedenklich und verfehlt muß aber in der Tat die Politik angesehen werden, die nach den Ausführungen des preußischen Landwirtschaftsministers gegenüber dem neuen Polen verfolgt werden soll. Volle Klarheit ist aus dem Marton des Körte-Eisenhart-Rothes nicht zu gewinnen. Es scheint jedoch, als gehe man tatsächlich damit um aus militärischen Gründen ein Stück aus dem Leibe Polens heranzuschneiden. Vielleicht handelt es sich um die Narew-Miemelinie, vielleicht auch um die Angliederung der an das oberschlesische Industrieviertel angrenzenden polnischen Bezirke. Einem solchen Vorgehen stehen die größten Bedenken entgegen. Nicht nur würde eine Zunahme der polnischen Bevölkerung innerhalb Preußens um mehrere Millionen Menschen kaum zu günstigen Folgen führen. Vor allem würde die Abtrennung erheblicher polnischer Gebiete in dem neuen selbständigen Polenstaate von vornherein die schwerste Verhinderung und Feindseligkeit gegen Deutschland hervorrufen. Wir würden an unsere Ostgrenze nicht einen Freund und Verbündeten bekommen, sondern ein gefährliches Element der Feindschaft und der Revanche. Etwaige Verbesserungen der militärischen Grenzsicherungen könnten diese Schäden keineswegs aufwiegen.

Die Ausführungen des Ministers v. Eisenhart-Rothe waren so, daß die nachfolgenden Herrenhaus-Verteidigerparteien sich sehr beruhigt und bestiedigt fühlen durften. Einen etwas verständigeren Ton suchte Graf v. Posadowsky in die Debatte zu bringen. Zwei polnische Redner, ein Graf und ein Fürst, suchten die gegen ihre Stammmessungen gerichteten Beschuldigungen abzuwehren und lehnten andererseits die Politik der radikal polnischen Elemente ab. Ihre Ergebnisversicherungen an die Adressen Preußens dürften jedoch den Gewaltwillen der Herrenhäuser gar nicht beeinflussen.

Am zweiten Verhandlungstage schlug der Minister des Innern Dr. Drechsler andere Töne an als sein vor den Herrenhäusern ersterbender Kollege. Er führte aus:

Die Regierung hofft, daß sich unter dem gewaltigen Eindruck des Weltkrieges die Zahl der Polen vermehren wird, die sich auf den Boden des preußischen Staates stellen wollen. Mit diesen Leuten kann man sich verständigen. Wir müssen eine Politik treiben, die den polnischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenkommt. Tun wir das nicht, dann wird in der Ostmark ein Kampf bis aufs Messer entbrennen. Wir müssen unsere Polenpolitik so einrichten, daß sie nach menschlichem Ermess die Gewalt der Dauer in sich birgt. (Zurufe: Wahlrecht!). Die Regierung gibt sich keinem Zweifel darüber hin, daß die gegenwärtige Mehrheit für die Ostmarkenpolitik nicht mehr die Mehrheit der Zukunft im Abgeordnetenhaus sein wird. (Unruhe). Das würde auch dann der Fall sein, wenn nicht das gleiche Wahlrecht Gesetz würde, sondern das von den Konservativen beantragte und durchgesetzte Pluralwahlrecht. (Zurufe: Das wollen wir auch nicht!) Wir müssen eine Politik finden suchen, die die wichtigsten Lebensinteressen unserer Ostmark für die Zukunft sichert. Zu diesem Zwecke müssen wir Abstand nehmen von solchen Maßnahmen, die den Polen etwas verbieten, was den Deutschen nicht schadet, und die deshalb am meisten den Charakter eines Ausnahmegerüsts tragen und verdeckt wirken müssen. Wir müssen auf der anderen Seite das Deutdtum positiv fördern. Wenn die Regierung eine mildere Politik in Aussicht genommen hat, so ist das keine utopische Politik (Widerspruch), sondern eine gesunde und vernünftige Realpolitik des Möglichen. Dann wird Preußen auch in Zukunft bleiben, was seine großen Könige aus ihm gemacht haben: kein Rationellstaat, sondern ein edler, licher, geschlossener und kräftiger Nationalstaat. (Verstärkter Beifall und Applaus.)

Dass diese Rede den Herrenhäusern nicht paßte, versteht sich. Das ging neben der Aufnahme derselben auch aus den nachfolgenden Reden hervor, die sich gegen die Verhünnungspolitik wandten. Nur Graf Galen und der Fürst Radziwill vertreten einen verständlichen Standpunkt, ohne bei den „starken Männern“ irgendwelchen Anklage zu finden. Die Kommissionentschließung wurde mit dem Zusatzantrag Kleist gegen wenige Stimmen angenommen.

Nun handelt es sich um die Preisfrage: Wessen Ansicht ist maßgebend für die preußische Regierung, die des Landwirtschaftsministers oder die des Vizepräsidenten? Dem Reichstag bleibt es vorbehalten, diese Frage zu lösen. Hoffentlich geschieht diese Lösung einmal in recht gründlicher und deutlicher Weise!

### Der Fortgang der Schlacht.

Der Umstand, daß in dem gejüngten Heeresbericht von der Schlacht bei Armentieres gesprochen wird, zeigt, daß es hier nicht um eine bestimmten Zwecken dienende gelegentliche Handlung, sondern um ein neues Kampfgefecht dreht. Auf einem verschlammten Gelände, das ein Vorgehen als nahezu ausgeschlossen erscheinen ließ, sind jetzt deutsche Truppen vorgestossen, haben die tiefgegliederte, eisern ausgebauten Verteidigungsfront von 8 Kilometer Tiefe durchbrochen. Welche Mühen und Opfer das für unsere Soldaten mit sich brachte, davon können wir uns kaum ein Bild machen.

Im Laufe des 10. April wurde bei fortschreitendem Angriff der Südrand von Armentieres erreicht und der Übergang über die Lys bei Erquinghem erzwungen. Nördlich Armentieres wurde das Dorf Bögny im Sturm genommen. Der Gegner, der an einzelnen Stellen umsonst hart kämpfte, da der ausgedehnten deutschen Artillerie-Vorwerfung und der völligen Überraschung des Feindes sowohl nördlich wie südlich Armentieres blieben die deutschen Verluste, wie gemeldet wird, gering.

Im Anschluß an Operationen südlich Armentieres sind am 19. April auch die Divisionen im Raum nördlich dieser Stadt bis zum Kanal Comines-Poperne zum Angriff übergegangen. Bereits um 1 Uhr nachts waren zwischen Freckenheim und Waarden drei große und zahlreiche kleine Brücken über die Lys fertiggestellt. Als am frühen Morgen die Artillerie und die Minenwerfer ihr vernichtendes Feuer eröffneten, hatten die Sturmtruppen das starke Fronthindernis zum Teil schon überwunden. Trotz des unbeschreiblichen Schlammes, der namentlich die Lys-Niederung in einen Sumpf verwandelte, wurde der Angriff mit bewundernswertiger Schnelligkeit von unserer Infanterie vorgetragen. Die erste und zweite Linie fielen im ersten Ansturm. Die feindliche Artillerie war von der unsrigen stellenweise fast vollkommen zum Schweigen gebracht. Ein Bataillon eroberte im Sturm allein 13 Geschütze. Nebel erschwerte vielerorts das Aufrinden der feindlichen Maschinengewehre. Mit Handgranaten mußten sie von der Infanterie niedergekämpft werden. Bereits gegen Mittag erlag Messines dem Ansturm, dasselbe Messines, das am 7. Juni 1917 nach heftigem Kampf den Engländern überlassen werden mußte. Ein markantiger Erfolg, daß dieselbe englische Division, die damals Messines erobert half, es heute wieder an die Deutschen verlieren mußte. Die Gefangenen entstammen größtenteils Divisionen, die erst vor wenigen Tagen aus der großen Kampffront in Frankreich herausgezogen wurden, um sich an ruhigerer Front zu erhalten. Ihre großen Verluste konnten durch jungen, unerfahrenen Erfolg nur nordöstlich ergänzt werden. Der deutsche Angriff überzeugte sie vollkommen. Trotz Nebel, Nässe und Kälte drangen die Deutschen unermüdlich vorwärts. Die Artillerie überwand mit den schweren Geschützen die verunsteten und zerstörten Niederungen, um der vorrückenden Infanterie zu helfen.

Über den deutschen Einbruch zwischen Armentieres und La Bassée-Kanal wird weiter gemeldet:

Die deutsche Infanterie, begleitet von Feuerwellen der eigenen Artillerie, brach jeden Widerstand und drang ununterbrochen vor bis an den breiten jimpfigen Lys-Abschnitt. Hier trat das erste Solt ein. Die Brücken waren gesprengt, die Wege ungangbar geworden in den zahlreichen Kämpfen und förmlich in der Tiefe verunken. Geschütztrichter an Geschütztrichter schienen jedes Vordringen von Geschützen auszuschließen. Die Brückentrains drohten vom morastigen Boden eingezogen zu werden, und dennoch ging es vorwärts. Tausende von Pionieren und Arbeitssoldaten und Infanteristen schafften mit aller Macht bis zur körperlichen Erschöpfung an der Wiederherstellung von Brückenwegen aller Art, und aus jedem nur denkbaren Material, um den Nachschub den Kampftruppen zu sichern. Die feindlichen Stellungen wurden niedergelegt und Wassergräben und tiefe Granattrichter überbrückt. Unglaubliches geschah. Schon ein eindrückender Dämmerung standen Artillerie und Brückentrains zur weiteren Verwendung am Südufer der Lys bereit. Noch in der gleichen Nacht gelang es der unermüdlichen, unvergleichlichen Infanterie, mit Geschützmaterial aller Art, einzeln und in Gruppen und später in Bällen und Kompanien, trotz heftiger feindlicher Gegenwehr das Nordufer des Flusses zu erklimmen. Magische

Gewalt trieb jeden Einzelnen vorwärts. Was menschlicher Willen und menschliche Körperkraft zu überwinden imstande sind, wurde gesehen.

Die Kämpfe bei Armentieres haben bereits einen guten militärischen Erfolg gezeigt, wie der nachstehende Abendbericht zeigt:

W.D.B. Berlin, 11. April, abends. (Amtlich) Die Schlacht bei Armentieres nimmt weiterhin günstigen Verlauf. Wir sind in die Vorstädte von Armentieres eingedrungen. Südlich von Estaires wurde die Lawe an einigen Stellen überstritten.

Die Engländer melden über diese Kämpfe folgendes: Englischer Heeresbericht vom 10. April nachmittags: An der Kampffront nördlich des La Bassée-Kanals hielt gestern abend und während der Nacht der heftige Kampf an. Unsere Truppen hielten die Linie an den Flüssen Lawe und Lys und sind in schweren Kampf mit dem Feind an den Flußübergängen bei Estaires und Bacquegnies (?) verwickelt. An der südlichen Angriffsstrecke wurde Givenchy, in welches der Feind vorübergehend einmarschierte, später am Tage durch einen erfolgreichen Gegenangriff der 67. und 35. Division, welche 750 Gefangene bei den Gefechten in diesem Gebiet machten, zurückgewonnen. Heute früh eröffnete der Feind die schwere Beschleierung unserer Stellungen östlich und nördlich von Armentieres bis zum Ypernkanal. Wie gemeldet wird, begannen die Kämpfe am südlichen Teil dieser Front. An der britischen Front südlich der Somme fanden gegen Abend an gewissen Punkten östliche Kämpfe statt, die jedoch eine Anerkennung der Lage nicht herbeiführten.

10. April abends: Nach der bereits gemeldeten Beschleierung nahm der Feind heute morgen einen neuen starken Angriff gegen unsere Stellung zwischen Lys und bei Armentieres und am Kanal Ypern-Tourinnes. Schwerer Kampf fand in diesem Abschnitt den ganzen Tag über statt, ebenso an der gesamten Front der gestrigen Angriffe nördlich des La Bassée-Kanals. Nördlich von Armentieres drohten schwere feindliche Angriffe unserer Truppen auf die Linie Wytschaete - Meesines-Hügel - Ploegsteert zurück. Deutsche Infanterieeinheiten, die sich den Weg nach Meesines hinein erzwangen, wurden heute früh von unseren Truppen durch Gegenangriff wieder hinausgeworfen. Südlich von Armentieres gelang es dem Feind nach langerem Kampf, sich am linken Lys-Auer an gewissen Punkten östlich Estaires und in der Umgebung von Bacquegnies festzusetzen. Heute morgen überwand der Feind ferner die Lawe bei Leff, wurde jedoch durch Gegenangriff unserer Truppen aus dem Dorf und über den Fluss zurückgeworfen. Zwischen Estaires und Givenchy wurden unsere Stellungen gehalten. An den übrigen Teilen der britischen Front verlief der Tag verhältnismäßig ruhig.

Die jüngste Note berichtet bei Besprechung des deutschen Vorschusses zwischen La Bassée und Ypern, dass es eine dringende Notwendigkeit für die englischen Reserven ist, die Lage wiederherzustellen. Wenn dann die Deutschen weiter Boden gewinnen, würde die Lage kritisch werden.

## Was der Krieg bringt.

Der österreichische Bericht.

Wien, 11. April. (Amtlich) Beklich des Gardasees und auch keine besonderen Ereignisse.

Die internationale Konferenz in Bern.

Die internationale Frauenkonferenz, die Völkerfreundschaft, die vom 15. bis 19. April in Bern tagen soll, hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Dem "Bund" zufolge werden Engländerinnen und Deutiche, die sich angemeldet haben, keine Basse mehr erhalten. Das verhindert die Abschaltung der Konferenz jedoch nicht, da sich eine Anzahl ausländischer Delegierterinnen bereits in der Schweiz befinden.

Die Regierung der Höhe durch Deutschland hätte noch ein Beispiel im Reichstage haben.

### Eine Kundgebung der Ukrainer.

Herr. "Berl. Tagebl." zufolge hat nunmehr auch der österreichische Landesrat in Wien beschlossen, in Berlin die Abschaltung des österreichischen Staatswesens zu erhitzen und gleichzeitig den engsten politischen und wirtschaftlichen Kontakt an das Deutsche Reich anzutreiben.

### Deutscher Zuspruch an die rumänische Regierung.

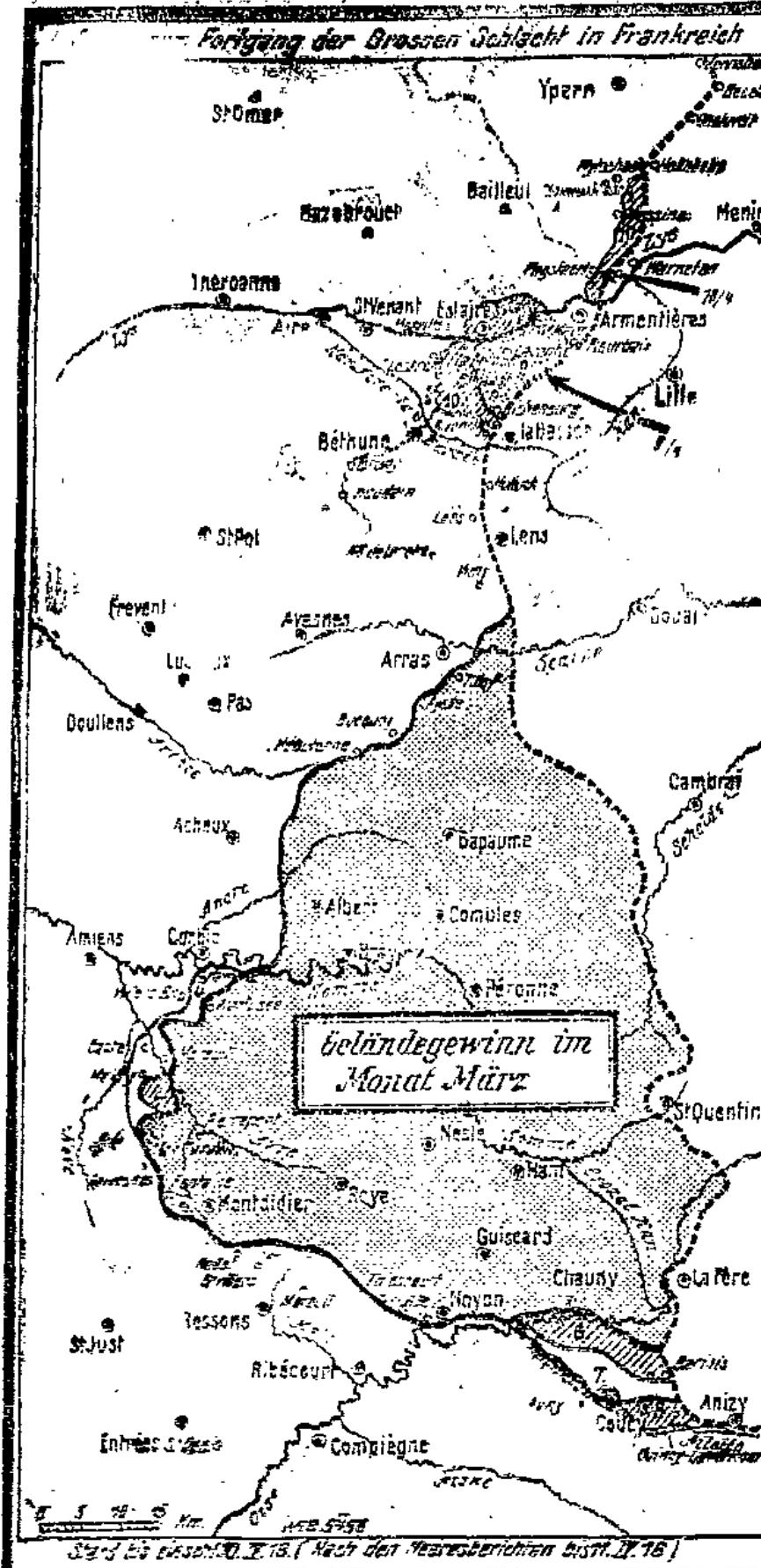
(Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Folgender Zuspruch ging dem Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten von dem deutschen Auswärtigen Amt am 5. April 1918 zu: "Gemäß dem Artikel 3 des Friedensvertrages bestätigte Russland sich, seine Kriegsschiffe nach dem russischen Sees zurückzuziehen oder unverzüglich zu entmilitarisieren. Tatsächlich befinden sich noch zahlreiche russische Kriegsschiffe in der Kriegsflotte entweder der russischen Marine, insbesondere in den Hafen Finnlands, was dem Artikel 6 des Friedensvertrages widerspricht und auf dessen Einhaltung hinzuweisen ist. Das verhindert die Rumänische Regierung zu wiederholten Malen gedrungen hat. Die Rumänische Regierung hat die russische Regierung auf die Entwicklung der außerhalb der russischen Säone im Baltischen Meer bestehenden russischen Kriegsschiffe in Angriff zu nehmen. Unter vorlängerer Entwicklung versteht sie die Entfernung von Rumänien, Griechenland und Minenfeldern. Die deutsche Regierung drückt den Wunsch aus, dass die vorläufige Entwicklung in diesen Tagen jedenfalls beendet sei, so dass Maßnahmen im Einvernehmen mit Finnland zu ergreifen.

Auswärtiges Amt: v. d. Busche.

### Rosenki's Stellungnahme zum Frieden.

Bei dem Gesamtauszug des russischen Sowjets in Moskau erklärte Trotzki Ende voriger Woche ausführlichen Bericht über seine Politik und legte noch einmal die Gründe vor, die die Regierung zum Friedensangebot an die Mittelmächte veranlasst hatten. Bei dieser Gelegenheit wies Trotzki darauf hin, dass auch der frühere Ministerpräsident Krasinski eine Fortsetzung des Kampfes für unmöglich gehalten habe. Aus den Geheimakten im Schrank des früheren Ministers Krasinski, zu dem er den Schlüssel besaß, geht einszusehen besser, dass bereits Rosenki kurz nach seiner Amtseinführung an die Exzellenzminister die Aufforderung gerichtet habe, Friedensverhandlungen mit den Mittelmächten einzuleiten.

Die Sowjetregierung kann einen beratigen Druck auf Rosenki ausüben zu haben, dass er in der Friedensfrage am ehesten ist. Sie zu seinem und des Rates Schaden, dass hätte er dann mit dem russischen Volke den Frieden getroffen, dann wäre er vielleicht heute noch am Thron und der Friedensvertrag hätte vielleicht anders ausgesehen, als es heute ist.



### Deutsch steht überall Gefahren.

Dem Londoner Berichterstatter des "Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge meldet Kanshine aus Petersburg: Gestern hat Lenin in Moskau erklärt: Es sind um uns viele Gefahren. Im Süden machen sich Zeichen von neuen Unruhen bemerkbar. Die Japaner sind in Wladivostok zusammen mit den Engländern gelandet. Sie um sich liegen uns mit einem engen Ring. Wir sind unter Besetzung der russischen Küste und müssen verschwommen sein und wir werden von neuem kämpfen müssen. Ein offizieller Brief ist nach Washington abgesandt worden. Der Kommunist ist auswärtige Angelegenheiten ist damit beschäftigt geheime Dokumente zu veröffentlichen, die den Beweis erbringen, dass die Aktion Japans bereits zu Beginn der Revolution vorbereitet wurde.

### Die Ukrainer gegen die Vereinigung Bessarabiens mit Rumänien.

Der Präsident und Volksminister der Ukraine richtete an die rumänische Regierung folgende Note: Hiermit behalte ich mich zu erklären, dass der Rat der Volksminister der ukrainischen Volksrepublik es für notwendig hält, der Königlich-rumänischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen:

Die ukrainische Regierung hat lebhafte Interesse an dem Sozial Bessarabiens und des Grenzgebietes der ukrainischen Volksrepublik. Obwohl die Gebiete der beiden dominierenden Völker, des ukrainischen und moldauischen mit einander verschlungen sind, unterliegt es keinem Zweifel, dass im nördlichen Teil, im beherrschenden Teile zwischen Donau- und Donetsker-Mündung am Schwarzen-Meer-Ufer, die Ukrainer die relative Mehrheit besitzen, und auf diese Weise Bessarabien angehört seiner ethnographisch-ökonomischen und politischen Lage ein anteilbares Ganze mit dem Grundterritorium der ukrainischen Volksrepublik bildet. Die ukrainische Regierung, die einen bedeutenden Teil des Schwarzen-Meer-Ufers beherrscht, in dessen westlichem Teile ein so wichtiges Handelszentrum, wie Odessa liegt, kommt das ganze Südbessarabien verbunden ist, stellt sich auf den Standpunkt, dass jede Tendenz der ehemaligen rumänisch-russischen Grenze, insbesondere in ihrem nördlichen und südlichen Teile die politischen und ökonomischen Interessen der ukrainischen Volksrepublik stark berührt. Mit Rücksicht darauf, dass zurzeit ein bedeutender Teil Bessarabiens von rumänischen Truppen besetzt ist und dass die Frage über die weitere Zugehörigkeit Bessarabiens zum Gegenstand von Besprechungen bei den Befreieter Friedensverhandlungen gemacht werden könnte, hält die ukrainische Regierung die Beratung und Entscheidung dieser Frage nur unter der Beteiligung und mit dem Einverständnis der Vertreter der ukrainischen Volksrepublik für möglich.

Präsident und Volksminister für äußere Angelegenheiten, gez. W. Golubowitsch.

### Die Beschießung von Paris.

Mailänder Blätter melden aus Paris: Durch die deutsche Fernbeschließung von Paris wurden in den letzten Tagen 126 Personen getötet. 253 verwundet.

### Das englische Mannschaftsgesetz

Es besteht mit 323 gegen 100 Stimmen in zweiter Lesung angenommen worden. Trotzdem hatte Asquith gegen die Beschießung Irlands gesprochen, da dies nicht sofort sei. Trotzdem erwiderte jedoch die Regierung, dass es beschlossen sei, welche ihre Haltung nicht ändern. Ein Zusatzartikel bestätigte, dass die Befreiung nicht die zukünftige Macht der Nation bestimmen, ohne entsprechende militärische Stärke zu haben. Es wurde mit 321 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Jetzt wird also der Kampf in Irland aufzunehmen und die englische Regierung wird noch mehr Gewaltbereitschaft zu überwinden haben, um ihr Ziel zu erreichen. Der Londoner Korrespondent der Zeitung "Times" berichtet, der "Times" folgend, über heftige

Widerstände, die gegen das Gesetz erhoben werden. Der Döbliner Stadtrat nahm mit 39 gegen 3 Stimmen eine Entscheidung an, die die Regierung eindeutig widerstellt.

In der englischen Arbeitspartei ist die Auffassung über die Stellungnahme zu dem Gesetz eine geteilte. Dem "Dense Rotterdamschen Courant" zufolge erfuhr "Daily Telegraph": Auf einer Versammlung der parlamentarischen Arbeitspartei des Volksgeschäftsvereins der Arbeitspartei und den parlamentarischen Komitees der Gewerkschaftskongresse wurde nach einer mehr als fünfständigen Sitzung entschieden, dass die Mitglieder der Arbeitspartei gegen den Dienstpflichtentourus einen besondern Standpunkt einnehmen sollten. Thomas erklärte, er wolle gegen die zweite Lesung des Gesetzesstimmen. Die Mehrheit der Partei wird die zweite Lesung unterstützen, doch werden wahrscheinlich eine Reihe sich ihre Stimme erhalten. Die pacifistische Gruppe wird dagegen stimmen. Der Volksgeschäftsverein wird eine Anzahl Verbesserungen vorstellen. Danach sind die wichtigsten die, die Bezeichnung der Dienstaltersgrenze auf das 48. Jahr, sowie die Ablehnung der Einführung der Dienstpflicht in Irland, es sei denn, dass sie gleichzeitig mit der Homerule in Irland trete. Dieser Vorschlag wird die Mitglieder der Arbeitspartei in enge Fühlung mit der irisch-nationalistischen Politik bringen, die nun einzigen Mitgliedern der Partei vertreten wird.

### Eine Anklage gegen die Armenier.

Das Internationale Bureau in Stockholm hat in diesen Tagen ein Telegramm folgenden Wortlauts aus Konstantinopel erhalten:

"Wir uns von der kaukasischen Front gelangte Berichte melden, dass armenische Banden alle Arten Verbrechen und Schredenstaten gegen die eingeborene friedliche Bevölkerung begehen. Nachrichten, die aus guten Quellen stammen — und durch Altenstücke und unzweifelhaft Zeugenaussagen gestützt sind und von dem Befehlshaber an der Kaukasus-Front, General Odicsemje, bestätigt worden sind, lassen erkennen, dass überall dort, wo die russische Armee sich zurückgezogen hat, solche Banden aufgetreten sind, plündernd und schändend Frauen, Kinder und Greise hinschlachten und alle möglichen Schredenstaten begehend. Die Bevölkerung verlangt das Eingreifen der russischen Armee, um diesen Greuelstaten ein Ende zu bereiten. Die allgemeine Stimmung ist im hohen Grade beunruhigt und verschiedene Zeitungen heben hervor, dass die Lage außerordentlich kritisch sei."

Wir heilen uns, diese Tatsachen zur Kenntnis aller Genossen zu bringen, um ihre Aufmerksamkeit auf eine Situation zu richten, die uns Kummerndes bringt und gewaltige Schwierigkeiten hervorruft.

Selza Djimboj, Sozialistischer Deputierter für Konstantinopel, Nessim Naslian, Sozialistischer Deputierter für Smyrna."

### Der Krieg auf dem Meere.

Berlin, 11. April. (Amtlich) Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Georg, hat in der Britischen See und vor dem Westausgang des Nermel-Kanals 8 Dampfer und 2 Segler mit zusammen 28 000 Brutto-Register-Tonnen vernichtet.

Unter den versunkenen Schiffen waren besonders wertvolle Dampfer — ein neu gebauter Dampfer vom Einheitsotyp von 5000 Brutto-Register-Tonnen und zwei Frachtdampfer von mindestens 6000 Brutto-Register-Tonnen Größe. Einer der 6000-Brutto-Register-Tonnen-Dampfer war außergewöhnlich stark gesichert. Gezählt wurden etwa 20 Torpedoboote, Motorboote und andere Bewaffnungsfahrzeuge. Drei Dampfer wurden in geschickt durchgeführten Angriffen aus stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen. Sämtliche Dampfer waren bewaffnet, die meisten beladen. Sämtlich festgestellt wurden die englischen Dampfer "Brinodod" (2592 Brutto-Register-Tonnen), "Lough Fisher" (418 Brutto-Register-Tonnen), "Glenford" (491 Brutto-Register-Tonnen) und der englische Segler "John G. Walter."

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der österreichische Kaiser hat an Wilhelm II. folgendes Telegramm gerichtet:

"Der französische Ministerpräsident, in die Enge getrieben, nicht dem Zögern, in das er sich selbst versetzt hat, zu entrinnen, indem er immer mehr und mehr Unwahrschaffen anstreift und sich nicht schaut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, dass ich irgendwelche gerechte Rückverhandlungsansprüche Frankreichs auf Elsass-Lothringen erkennt hätte. Ich weise diese Behauptung mit Entschiedenheit zurück. Ein Augenblick, in welchem die österreichisch-ungarischen Kanonen gemeinsam mit den deutschen an der Westfront donnern, bedarf es wohl kaum eines Beweises dafür, dass ich für meine Provinzen genau so kämpfe und auch jenseit zu kämpfen bereit bin, als gelte es. Meine eigenen Länder zu verteidigen. Obwohl ich es angesichts dieses sprechenden Beweises einer vollen Gemeinschaft in den Zielen, für welche wir seit nunmehr fast vier Jahren die Kriege führen, für überflüssig halte, auch nur ein Wort über die exzogene Behauptung Clemenceau zu verlieren, liegt mir doch daran, dich bei dieser Gelegenheit erneut der vollständigen Solidarität zu versichern, die zwischen Dir und Mir, zwischen Deinem und Meinem Reichen besteht. Keine Intrige und keine Verluste, von wem immer sie ausgehen mögen, werden unsere treue Waffenbrüderchaft gefährden. Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen."

Weiter wird aus Wien amtliche gemeldet:

Herr Clemenceau sieht sich durch fortgesetzte Verdrehungen der Tatsachen aus der peinlichen Lage herauszumunden, in die er durch das Überzeugen der in der Rede des Grafen Czernin vom 2. April enthaltenen Feststellungen geraten ist.

Wir halten es für überflüssig, die Unnachahmlichkeit jeder einzelnen seiner Behauptungen besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den Dienst seines öffentlichen Bestrebens stellen, durch eine Erörterung über die Vorgehensweise der Freiburger Zusammenkunft von jenen zwei Tatsachen anzulernen, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, dass nämlich Herr Clemenceau noch kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen erst eine Annahme an Österreich-Ungarn gebracht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, dass Frankreich zu einem Frieden ohne Union Elsass-Lothringens nicht zu halten sei. Nun sieht Herr Clemenceau die Unnachahmlichkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulehnen, dass er angeblich politische Neuerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl百姓lich getan haben soll, und welche, wie er bestreitet, bestagen, dass er den gerechten Wünschen Frankreichs auf eine Rückeroberung Elsass-Lothringens zustimme, das ferner sein Minister des Äußeren ebenso thut wie er. Die Unnachahmlichkeit dieser Behauptungen liegt auf der Hand; sie steht in freiem Widerstreit mit allen öffentlichen Akten, welche der verantwortliche Minister des Äußeren stets gehalten hat und welche auch in Frankreich bestehen sind. Insbesondere beweist die nicht einmal von Clemenceau abzulehnen Ingrediente, dass f. u. f. Truppen für Elsass-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente ihre über jenen Zweck erhabene Unnachahmlichkeit.

lung unseres Monarchen. Zum Überschluß sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Clemenceaus über die kriegerischen Aktionen Kaiser Wilhelms von Anfang bis zu Ende erlogen sind.

Deutlich geht aus all den Ausführungen Clemenceaus nur die von ihm offen eingestandene Tatsache hervor, daß der Krieg an der Westfront andauert, weil Frankreich Elsaß-Lothringen erobern will. Einen besseren Beweis, daß die Mittelmächte zur Verteidigung ihres Besitzstandes kämpfen, hätte Herr Clemenceau der Welt nicht liefern können."

Der Kammerausschuk für Auswärtige Angelegenheiten beschloß Clemenceau über die Verhandlungen Czernins am 17. April zu hören. Die Ausschüsse für Armee- und Marineangelegenheiten sollen zur Teilnahme an der Sitzung eingeladen werden, in der die Erklärung stattfinden wird.

Clemenceau erbat und erhielt von den Kammerausschüssen für Auswärtige Angelegenheiten und für das Heer Aufschluß für seine Erfahrung bis zum 17. April. Am Mittwoch wollte Clemenceau nicht sprechen, weil, wie seine Anhänger bemerkten, die erste Kriegslage in Nordfrankreich und an der Oise die äußerste Zurückhaltung wegen der geplanten Gegenaktion erfordert. Als weitere Ursache des Aufschubs der Erklärung Clemenceaus gilt die Notwendigkeit einer neuen Besprechung mit Lloyd George, weil Clemenceau darauf hält, keine nächste Erwiderung an Czernin in voller Einvernehmen mit der Krone und Regierung Großbritanniens abzugeben. Hierzu bemüht der "Temps": Österreichs Hinterhältigkeit erhebt uns jeden weiteren Rückhalt. Die Entente befindet sich heute in einer Kriegslage, die alle diplomatischen Bedenken in den Hintergrund stellt. Damit will der "Temps" sagen: Die im Vorjahr beobachtete Spaltung des Vierrundes erwies sich als Utopie, darum kann jetzt alle Konsistenzen in die Dessenheit bringen.

## Nic Süder und den Nachbargebieten

Freitag, 12. April.

### Die öffentliche Frauenversammlung.

Die gestrige Abend im Gewerbehofshause tagte, war, obwohl alle Tische aus den Räumen entfernt waren, überfüllt. Mit grossem Interesse folgten alle den klaren eindringlichen Ausführungen der Genossin Juchacz über das Thema: "Frauenhoffnung und Freiheit". Damit will der "Temps" sagen: Die Frauen stehen im großen Massen im deutschen Wirtschaftsleben. Schon 1907 bei der Berufsstatistik gab es 9½ Millionen erwerbstätige Frauen. Ungefähr die Hälfte davon verheiratet, waren Mütter und Hausfrauen. Nur sie war die Chefin des Hauses. Mit dem Krieg ist das noch viel schlimmer geworden. Niemand konnte voraussehen, daß fast die gesamte Frauengesellschaft leisten mußte. Die Frauenschwäche wurde zu einer großen wirtschaftlichen Erscheinung. Das Verfehlungsfeuer ist mit Frauen zu mehr als dreifachem durchgeht. Nicht nur beim Eisenbahnpersonal, sondern auch im Postdienst überwogen die Frauen. Wie im Eisenbahndienst sind auch bei der Post Hunderttausende Frauen beschäftigt. Ohne jede Überbelastung kann man sagen, wenn jetzt plötzlich die Frauen aus den Betriebsverrichtungen gezogen würden, müßte unser ganzes wirtschaftliche Leben zusammenbrechen. Es ist nicht selten vorgekommen, daß den Schaffnerinnen Befehle gemacht wurden, daß den Soldaten, die ihnen sagten, wenn sie nicht den Dienst übernommen, wäre der Krieg längst zu Ende. Aber man müßte immer berücksichtigen, daß die Lebensmöglichkeit und die wirtschaftliche Not die Frauen in die Erwerbsarbeit trieben. Bei Krieg und Frieden in Esser 45.000 Frauen waren beschäftigt. Auf den Werften und in der Arbeiterfamilie, wo früher nie Frauen beschäftigt wurden, hat die Frauenarbeit Platz gegriffen. In Solingen, wo die blauen Waffen hergestellt werden, sind Frauen in Massen tätig. Es gibt keine Tätigkeit, wo die Frauen nicht beschäftigt sind. Und nicht allein in Deutschland, auch in England, Frankreich und Amerika sind die Frauen in die gleiche Lage gedrängt. Überall sind den Frauen diese Pflichten als Staatsbürgertum auferlegt. Über welche Rechte hat man gegenüber den Pflichten uns Frauen gegeben? In Deutschland ist man über diese noch nicht hinausgekommen. Die Rednerin legte dann die Bedeutung des Wahlrechtswettbewerbs in Preußen klar. Die preußische Regierung hat es immer noch nicht für ausreichend gehalten, den Frauen das Wahlrecht zu geben. Nach der Ansicht des Ministers Drews leidet darüber die Kindererziehung. (Bewegung und Heiterkeit.) Und dabei hat der Krieg die Frauen ganz enorm politisiert. Die Erfahrungen machen viele Menschen erst reif und selbstständig. Widern der Erwerbsarbeit bleibt den Frauen die ganze Verantwortung in Haushalt und Familie. In eindrücklichen, zu Herzen gehenden Worten und in sachlicher Weise schilderte die Rednerin alles das was auf die erwerbstätige Frau einstürmt, welche Lasten mit ihrem schweren, opferwilligen Dasein in der Kriegszeit verbunden sind, welch großes Maß von Spannkraft nötig ist, um den Frauen die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen. Jedenfalls wird das große Maß von Selbstständigkeit, das die Frauen sich im Kriege angeeignet haben, von großer Bedeutung für die Zukunft sein. Die Frauen werden auch von der Notwendigkeit der politischen und gewerkschaftlichen Organisation überzeugt worden sein und nicht mehr glauben, daß ihnen etwas verloren geht, wenn der Mann sich am Vereinsleben beteiligt. So ist der verschämungswürdige Krieg in dieser Beziehung ein großer Lehrmeister für uns alle gewesen. Er hat bewiesen, daß durch das Zusammenwirken vieler Kräfte für ein bestimmtes Ziel, Großes erreicht werden kann. Alle Frauen haben bereits den Weg zur Sozialdemokratie gefunden, der sie gerade während des Krieges mehr zu verdanken haben, als viele glauben. Die Rednerin geht dann auf die verschiedenen Kriegsmassnahmen ein, für deren Errichtung und Letztung man die Frauen zur Befähigung hinzugezogen hat. Leider ist da fast alles auf die Wohltätigkeit und den Betrieb eingestellt. So in der Kinderfürsorge usw. Die Unterbringung der Kinder befürwortender Frauen sollte reichsgerichtet geregelt werden. In die Verwaltungen müßten auch Arbeiterräume berufen werden. Die Referentin ging dann auf die Frage der Fabrikspflegerinnen und den Arbeiterräumen ein, der während der Kriegszeit so gut wie aufgehoben sei und dazu war er schon vorher völlig unzureichend gegen die Schäden der Erwerbsarbeit. Dann behandelte Genossin Juchacz das Bevölkerungsproblem der Zukunft. Man macht Gesetze in dieser Frage, ohne die Frauen darüber zu hören. Rednerin kritisierte in schärfster Weise den Gesetzentwurf der 11. Kommission des Reichstages und forderte statt dessen den Ausbau der Sozialpolitik. Jeder Frau freue sich über Kinder, wenn sie gesund sind und sie sich in ihren selbst wieder aufzuhören sieht. Aber bei der ungünstigen Nahrung, bei dem Mangel an allem Können könne man es leider Frau verdonnen, wenn ihr vor dem Kindesgegen gebräucht. Am Schlusse forderte Genossin Juchacz zum Beitreten zur politischen Organisation und zum Wonnensinn der "Gleichheit", die speziell für die Frauen geschrieben ist, auf.

Eine Aussprache über diesen mit großen Beifall aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Der Vorsitzende der Versammlung, Genosse Bommé, unterstrich die Ausführungen der Referentin und schritt die Frage des Frauenwahlrechts an. In den meisten Kulturräumen wie Amerika, England, Danemark, Norwegen, auch in Russland habe man den Frauen das Wahlrecht während des Krieges gegen in Frankreich, Schweden und der Schweiz wenigstens das Gemeindewahlrecht. Auch in Dänemark ist man dabei. Nur Deutschland steht bis heute den Anerkennungen der Frauen gegenüber in letzter Reihe. Rednerin wies auch darauf hin, daß zur Erringung der politischen Gleichberechtigung die Frau sich neben dem Mann den politischen Organisationen anzuschließen wolle.

## Der amtliche Kriegsbericht.

Armentieres genommen.

### Große Beute.

Bisher mehr als 20000 Gefangene und mehr als 200 Geschütze.

WB. Großes Hauptquartier, 12. April. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armentieres ist gefallen.

Durch die Truppen des Generals von Eberhardt und von Stetten, vom Norden und Süden gefaßt und ihrer Rückzugstraße beraubt, straft die englische Besatzung, 50 Offiziere und mehr als 3000 Mann, nach tapferer Wehr die Waffen. Mit ihnen fielen 45 Geschütze, zahlreiche Maschinengewehre, große Munitionsmagazin, 1 Belädtungslager und reiche andere Beute in unsere Hand.

Nordwestlich von Armentieres gewannen wir Raum. Westlich von Armentieres waren die Truppen des Generals von Stetten und von Carlowitz nach Abwehr starker, mit zusammengefaßten Kräften gegen Steelward geführten Gegenangriffe und nach erbittertem Kampf um die vierte englische Stellung den Feind in Richtung Bailleul und Merville zurück. Merville wurde genommen.

Auf dem Südflügel der Ays erkämpften sich die Truppen des Generals von Berthold den Übergang über die Ays und siehen bis in Höhe von Merville vor.

Die Gesamtbeute in der Schlacht bei Armentieres beträgt nach bisheriger Feststellung 20000 Gefangene, darunter ein englischer und ein portugiesischer General und mehr als 200 Geschütze.

Die Überrwindung des verlumpten Trichtergeländes in und vor unserer Ausgangsstellung des 9. April stellte höchste Anforderungen an die Truppen aller Waffen der vordersten Linie. An ihrem Gelingen haben Pioniere, Armierungssoldaten und hintere Divisionen hervorragenden Anteil.

Auf dem Schlachtfeld zu beiden Seiten der Ays entwickele sich Artilleriekämpfe. Französische Regimenter, die auf dem Westufer der Ays westlich von Merville standen, brachen unter schwersten Verlusten zusammen und ließen 300 Gefangene in unsere Hand, die später durch französisches Artilleriekavallerie vernichtet wurden.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.

Budendorff.

Nach einer kurzen Pause nahm dann Genosse Johs. Stelling das Wort zu dem Thema: "Die Unterstützung der Kriegerfamilien". Auch er forderte — nachdem er in bewegten Wörtern die Kriegsopfer der Männer und die Entbehrungen der Frauen gefordert — daß Worte mehr Taten seien zu lassen. Noch gebe es auf den ländlichen Gebieten viele Kriegerfamilien, die ausschließlich auf die Reichsunterstützung angewiesen sind. Die sozialdemokratische Partei habe von Anfang an die Unterstützungen der Kriegerfamilien als unzureichend bezeichnet. Die im November vorigen Jahres noch bewilligten 5 Mark monatlich würden aus Reichsmitteln ausgebracht. Man hätte aber mehr vom Reich bewilligen sollen, dann wäre vieles besser geholfen gewesen. Viele Einzelstaaten haben in dieser Beziehung gar nichts getan. In Lübeck beläuft die Frauen bis November 14 Mark und für jedes Kind 14,50 Mark. Die Sozialdemokraten beantragten in der Bürgerschaft, die Erhöhung der Unterstüzung in die Wege zu leiten. Die Bürgerschaft hat den Antrag dem Bürgerausschuß überwiesen. Dieser habe „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „nur“ drei Monate gebraucht, den Antrag zu prüfen. Eine eingeleitete Kommission hatte beantragt, die Unterstüzung ab 1. Januar um 5 Mk. auf 54 Mk. und für jedes Kind um 2,50 Mk. auf 22 Mk. zu erhöhen. Der Bürgerausschuß lehnte das aber ab und die Bürgerschaft schloß sich dem an. Man habe erklärt, „

pd. Der Eisenbahner gestohlen. Von einem auf der Stenzer Feldmark in der Nähe der Travemünder Landstraße hingestellten Flugmotor wurde in der Zeit von Sonnabend bis Sonntag nachmittag der magnetische Zündapparat im Werte von 400 Mt. gestohlen.

Hamburg. Der erste Sozialdemokrat in der Oberschulbehörde. Die Bürgerschaft wählte den Genossen Emil Krause, Redakteur des „Hamb. Echo“, zum Mitglied der Oberschulbehörde. In Lübeck ist die Oberschulbehörde noch ohne Vertreter der Arbeiterschaft. — Eine Eisenbahnangestellte-Räuberin ist hier unschuldig gemacht worden. Es sind 11 Personen, darunter mehrere Jugendliche, die Streifzüge auf das Gelände des Güterbahnhofes machten und aus verlassenen Eisenbahnwagen meistens Lebensmittel stahlten. In ihren Wohnungen wurden größere Posten Zucker, Mehl, Tabak, Getreide, Tee, Kaffee usw., im ganzen für etwa 4000 Mt. beschlagnahmt. — 47000 Mark bei der Post unterstellt. Nach Unterschlagung von 30 000 Mt. flüchteten der Postgehilfe Schützen und die Postgehilfin Lenzen am 18. März aus Dierßen. Schütze konnte bald dingfest gemacht werden. Dagegen gelang es der L. nach Köln zu flüchten und von dort in Begleitung eines gewissen Kurt Lindner über Hamburg nach Dänemark zu reisen. Wie die Ermittlungen ergaben, beträgt die von den beiden Postangestellten im Laufe der Zeit veruntreute Summe 47 000 Mt. — Doppelmordversuch. Ein im Anfang der 20er Jahre stehendes Dienstmädchen wurde wegen Messerstichs verhaftet. Die festgenommene diente bei einer alten Dame in Einsbüttel, die mit ihrer Tochter, einer Schuhverkäuferin, zusammenwohnt. Das Mädchen glaubte Grund zu der Annahme zu haben, es würde von der Tochter schlecht behandelt. Deshalb bedrohte die geistig minderwertige Person, die Tochter und die Mutter aus Rache zu töten. Sie drehte im Schlafzimmer den Gasbrenner auf, sodass die beiden Damen während der Nacht das Gas einatmeten. Nur dem Umstände, dass das obere Fenster etwas griffbar war

und das Gas zum großen Teil abzog, ist es zu danken, dass der Anschlag mißlang.

Tondorf. Ein Pastor des Wuchers bezichtigt. Die L. St. schreibt, dass Anzeige wegen übermäßiger Preisforderung gegen einen Pastor der Umgegend erstattet ist, der neben seinem Amt auch noch einen umfangreichen Gemüsebau betreibt. Der Pastor hatte Staatzwiebeln zu 3 Mark das Pfund feilgeboten, worauf ein hiesiger Gärtner mehrere Pfund bestellte, die sich bei ihrer Ankunft jedoch als völlig unbrauchbar zur Verarbeitung herausstellten. Da im Kleinverkauf Zwiebeln nur 2.80 Mark kosten, ist wegen des Erzengelpreises von 3 Mark, den der Pastor nahm, Anzeige erstattet.

Landungen in Wladivostok. Unterhandlungen mit Berlin eröffnet habe, um einen vorläufigen Aufschub der Ausführung des Artikels aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk über die Demobilisierung Russlands zu erlangen, da es möglich sei, dass Russland in die Zwangslage komme, das russische Gebiet gegen freundschaftliche Verteidigung zu müssen. „Trotzdem“ teilt weiter mit, dass der Rat der Sowjets einen Ausen vorbereitet, in welchem das japanische Proletariat ermahnt wird, die Begehung Siberiens durch Japan und die Alliierten zu verhindern.

## Die Vorgänge in Ostasien.

Amsterdam, 11. April. Reuter meldet aus Tokio: Der Sowjet von Wladivostok und der Gemeinderat verhandeln sich, wenn auch in höflichem Tone, in einer Sitzung mit dem japanischen Konsul gegen die Landung von Truppen und verprächen in der bestimmtsten Weise, dass alles geschehen würde, um der Russenführer habhaft zu werden, während im übrigen die vorgesehnen Ausschertungen nichts weiter als gewöhnliche Schießereien seien. Die Verfasser der Sitzung behaupten, dass das bestreute Japan seine Flucht zu solchen Maßnahmen wie die Landung von Truppen genommen habe. Die Beweggründe seien schwer zu verstehen, da die Maximalisten keine Abreise oder Freundschaft gegen Japan empfanden. Der japanische Konsul antwortete, die Landung bedeute eine Selbstverteidigung und keineswegs Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands. In einem Aufruf an die Einwohner weisen die maximalistischen Behörden auf die Gefahren hin, die ein feindseliges Verhalten gegenüber Japan hervorrufen könnte.

Geräumt! Gern für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Brennstoffversorgung von Kleingewerbe, Landwirtschaft u. Haushalten.

S 8.

Landgemeinden können anordnen, dass die Brennstoffversorgung in ihrem Bezirk unter Anwendung von Bezugsscheinen nach den §§ 6, 7 erfolgt. Unterbleibt die Anordnung, so findet § 9 Anwendung. Solange der Gemeindevorstand der Ortskohlenstelle von der Anordnung keine Mitteilung macht, werden Bezugsscheine nicht erteilt.

### Befreiungsverlaubnis.

S 9.

In Landgemeinden, die keine Anordnung nach § 8 treffen, haben die Verbraucher ihren Jahresbedarf, getrennt nach Sommer und Winter, dem Gemeindevorstand zur Erfüllung der Befreiungsverlaubnis anzugeben. Ausgenommen bleiben Gewerbetreibende, die monatlich mindestens 10 Tonnen (200 Zentner) Brennstoff verbrauchen.

Der Gemeindevorstand reicht eine Aufstellung der Verbraucher und ihres nachgeprüften Bedarfs mit seinem Prüfungsbericht der Ortskohlenstelle zur Erteilung der Befreiungsverlaubnis ein.

Die Ortskohlenstelle lehrt die dem einzelnen Verbraucher zu bewilligende Jahresmenge fest und erteilt die Befreiungsverlaubnis entweder auf die Jahresmenge oder unter Vorbehalt späterer Erhöhung der Erlaubnis auf einen Teil dieser Menge.

Die mit Befreiungsverlaubnis versehene Bedarfsliste ist bei der Sammelbestellung der Verbraucher zu verwenden. § 1 Abs. 1 Ziffer 3 findet Anwendung.

Der Gemeindevorstand und auf dessen Antrag die Ortskohlenstelle können die Überreichung der Sammelbestellung an einen Händler vermitteln. Außerlübischen Händlern können Bestellungen nur durch Vermittlung der Ortskohlenstelle überwiesen werden.

S 10.

In der Zeit vom 15. April bis zum 15. September kann die Ortskohlenstelle einem Abgeber (Händler, Verbrauchergemeinschaft oder sonstiger Bezugseinrichtung) von Brennstoffen die Belieferung einer Bevölkerung aus dem Stadtgebiete erlauben ohne Anwendung von Brennstoffmarken oder Bezugsscheinen erlauben.

Der Antrag auf Erteilung der Befreiungsverlaubnis ist schriftlich einzurichten; der Besteller, sowie Menge und Art der befreilten Brennstoffe sind zu bezeichnen. Auch ist die Gesamtmenge der auf Marken und Bezugsscheine zu liefernden Brennstoffe anzugeben.

Die Erlaubnis erlischt, falls nicht vorher von ihr voller Gebrauch gemacht wird, mit dem Ablauf von zwei Wochen seit dem Tage der Ausstellung.

S 11.

Die Verordnung tritt am 15. April 1918 in Kraft . . . . .

Lübeck, den 11. April 1918. (1761)

### Das Polizeiamt.

## Bekanntmachung.

Geht noch eine geringe Anzahl gebrauchsfertiger Kaninchenseile zum Preise von 12.—15 bis 12.—16 für das Stück abzugeben. Der Verkauf findet statt in der Geschäftsstelle Weberstraße 1.

Lübeck, den 11. April 1918. (1762)

### Das Polizeiamt.

## Baterländer Hilfsdienst.

Anforderung des Kriegsministeriums zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Abs. 2 des Gesetzes über den baterländerischen Hilfsdienst.

Um besetztes Gebiet Schlesien bedarf es noch einer großen Anzahl von Hilfsdienstpflichtigen, um Soldaten für die Front freizumachen. Es werden gerufen:

Dolmetscher (französisch und italienisch), Schreiber, Holzfachleute (Bermessung, Verladung, praktische Forstl. Kenntnisse),

Köche, Kaffeekocher, Ordonnanz, Schneider, Schreiber, Zahntechniker, ferner für die Militärmautdirektion: Kurierepersonal bei den Gefechtsausgaben bei Fahne Belobrigs hierfür geeignet erzielenden Werkzeugfertiger, Werkmeister, Werkmeister, Schlosser, Schiffsingenieur, allgemein Techniker.

Es kommen nun Zeiten in Frage, die nicht mehr im wehrpflichtigen Alter, also vor dem 1. S. 1899 geboren sind. Ferner können Soldaten mit Renten, wenn sie glauben, den Anstrengungen, die der Dienst im besetzten Gebiet mit sich bringt, genügend zu sein, Arbeitnehmer und Personen mit ausfallenden körperlichen Kräften und Gesundheit, sowie Personen, die in kriegerischen Zeiten kündig sind, können nicht angeworben werden.

Die anderen Bedingungen sind bei der Kriegsmaterialstelle Altona zu erfüllen. Melbungen, welche förmlich oder mündlich erfolgen, kann die Kriegsmaterialstelle Altona, Gedächtnisstraße 1, entgegen-

Kriegsmaterialstelle Altona.

## Neueste Nachrichten.

### Die Kämpfe im Westen.

Genf, 11. April. Die letzte Havas-Note meint, in dem deutschen Angriff nördlich und südlich von Armentieres sei augenblicklich nur die Absicht zu sehen, die englischen Divisionen vom Hauptkampftfelde von Armentieres abzuhalten. Zweifellos würden die englischen Reserven die Lage bei Armentieres wieder herstellen, die feindlich bedenkliche Gestalt annehme, wenn die Deutschen in jenem Gebiete weitere Erfolge erzielen. „Petit Parisien“ gesteht zu, dass der Rückzug der Franzosen eine sehr bedauerliche Operation gewesen sei, die namentlich in Anbetracht der in den letzten Jahren seitens der Alliierten gemachten Anstrengungen schmerlich empfunden werde.

Russische Unterhandlungen mit Deutschland wegen Ausschub der Demobilisierung?

Amsterdam, 11. April. Die in Moskau erscheinende „Iswestia“ meldet, dass die Regierung im Hinblick auf die Truppen-

## An die Feuerungshändler.

In der Morgennummer 169 der Lübeckerischen Anzeigen vom 12. April 1918 erscheint ein Antrag der am 1. Mai in Kraft tretenden neuen Hausbrandverordnung des Reichsministers, die in Nr. 78 des Deutschen Reichsanzeigers veröffentlicht ist und in der am 13. d. Ms. erscheinenden Nummer der Deutschen Kohlenzeitung voll zum Abdruck gelangt.

In der Verordnung sind vom Reich auszugebende Bezugsscheine für den Bezug der Händler eingeführt, die mit den von der Ortskohlenstelle ausgestellten Bezugsscheinen für den Bezug der Verbraucher nicht zu verwechseln sind. Im amtlichen Verkehr mit der Ortskohlenstelle wollen die Feuerungshändler das Wort Bezugsschein vermeiden und dafür dem Sinne entsprechend entweder das Wort Reichsbezugsschein oder das Wort Ortsbezugsschein gebrauchen.

Lübeck, den 11. April 1918. (1762)

### Das Polizeiamt.

Nachdem wir gestern noch von seiner Hand Nachricht empfingen, erhielten wir heute von einem seiner Kameraden die traurige Kunde, dass unser lieber, guter, hoffnungsvoller Sohn, der Handlungshelfer

## Ernst Bromme,

Schütze einer Maschinen-Gewehr-Kompanie, kurz vor seinem 20. Geburtstage, am 6. April vormittags 11 Uhr, nach 18 tagelangen schweren Kämpfen durch Artilleriegeschossverwundung am Kopf dem mörderischen Kriege in Frankreich zum Opfer gefallen ist.

Im tiefsten Schmerz die trauernde Familie

## William Bromme.

In den letzten Kämpfen fielen für das Vaterland folgende ehemalige Mitglieder unserer Arbeiterschaft:

## Herr Heinrich Westphal,

## Herr Paul Lüth,

## Herr Walter Mardfeldt.

Wir verloren abermals treue, fleissige Mitarbeiter. Ehre ihrem Andenken!

Lübeck, den 11. April 1918.

## Drägerwerk, Lübeck.

1777) Heinr. u. Bernh. Dräger.

Gesucht für sofort ein Hausbursche, der Ottern konform ist.

Johannes Holst Markt 6. (1778)

Eine mittelgröÙe Bettstelle ohne Einlage zu verkaufen.

1776) Strelle Straße 53, III.

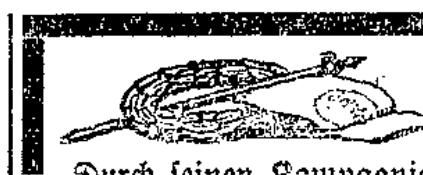
Ein Sommerhut für junges Mädchen zu verkaufen.

1778) Alster 11, II.

Täglich frische Fleischfüße,

eine Fleischware, Preis 1 Mk.

Lohmann, Quaderstraße 95.



Durch seinen Kompanieführer erhielt ich die tieferschütternde Nachricht, dass mein innigster geliebter Mann, meiner beiden Kinder treu sorgender geliebter Vater, unter herzensguter Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Nichte, der Musketier

## Karl Roocks

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse, im 38. Lebensjahr am 21. März dem grausamen Kriege zum Opfer gefallen ist. Ein unglaublich tiefes Schmerz Lübeck, Chausseestraße 14. Bertha Roocks geb. Dunkelmann, seine beiden Kinder Lucie und Anna. Carl Roocks und Frau geb. Grabbert. Ernst Schuster und Frau geb. Roocks. Hans Roocks, zur Rückwand Erna und Alma Roocks. Johannes Ohm und Frau, Bad Oldesloe 1760) und Verwandten.

## J. H. Pein

Am Markt 12. Breite Straße 64.

Beste Bezugsquelle für erstklassige

Manufakturwaren

Spezialhaus für Bettlen

Bettfedern u. Daunen

Herren- und Knaben-

Garderob. Arbeiter-

und Berufs-Kleidung.

## Achtung!

Deutscher

## Eisenbahner-Verband.

Ortsgruppe Lübeck.

## Mitglieder-Versammlg.

am Sonnabend, dem 13. April 1918

abends 8 1/2 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 50—52.

Za gesordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal.

2. Die Lohnbewegung der Eisen-

bahner. Referent: Kollege

K. Kamps, Hamburg.

3. Diskussion.

1771) Die Ortsverwaltung.

## HANSA-THEATER.

Sonntag, den 14. April, abends 7 1/2 Uhr:

## Die Dollarprinzessin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Nachm. 3 Uhr: Märchen-Vorstellung. Kleine Freizeit.

## Aschenbrödel.

Montag, den 15. April:

## Plattdeutscher Abend.

## Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei „Elb. Volksbote“ Johannisstraße 46.

## Zentralverband der Maschinisten und Heizer

Bahnhofstelle Lübeck.

## Versammlung am Sonnabend, dem 13. April

abends 8 Uhr

## Der Arbeiterschutz während des Krieges.

Von Robert Schmidt, M. d. R.

Wir haben in der Gewerbeordnung wichtige Bestimmungen, die der freien Ausübung des Arbeiters erhebliche Beschränkungen auferlegen. So dürfen in Betrieben mit 10 und mehr Beschäftigten Kinder unter 14 Jahren nicht zur Arbeit zugelassen werden; für Jugendliche bis zum Alter von 16 Jahren ist die Nacharbeit und eine Beschäftigung über 10 Stunden verboten; für Arbeiterinnen auch über 16 Jahre ist gleichfalls die Nacharbeit verboten und als Höchstgrenze eine Arbeitszeit von 10 Stunden festgelegt. Alle diese Bestimmungen wurden zu Beginn des Krieges so gut wie aufgehoben, d. h. es konnten für einzelne Betriebe oder Bezirke die Behörden Ausnahmen zulassen.

Mittlerweile ist in einigen Industrien und Betrieben von Erlangung solcher Ausnahmen ein sehr umfangreicher Gebrauch gemacht worden, und es zeigten sich Mißstände ganz unerträglicher Art. Einige Auswüchse sind durch eine Verordnung des Reichsanzlers wieder gemildert, trotzdem bleibt noch soweit an Beschwerden übrig, daß auch jetzt wieder die sozialdemokratische Fraktion die vollständige Wiederherstellung der Arbeiterschutzbestimmungen in einer Resolution des Reichstages verlangt. Die gleiche Anforderung ist wiederholt schon im Haushaltsausschuß gestellt worden.

In welchem Umfange von den Ausnahmebewilligungen Gebrauch gemacht wurde, blieb bisher verborgen; da die Berichte der Gewerbeinspektionen nicht herausgegeben wurden. Für Preußen haben wir jetzt eine richtige Übersicht über die für Jugendliche und Arbeiterinnen gewährten Ausnahmen von den Arbeiterschutzbestimmungen erhalten. Es sind die Ergebnisse für die Jahre 1915 und 1916 veröffentlicht, die folgende Gegenüberstellung aufweisen:

## Überarbeit Jugendlicher:

	1915	1916
Zahl der Betriebe	793	657
Zahl der Jugendlichen	24 618	26 898
Nacharbeit Jugendlicher:		
Zahl der Betriebe	863	1 226
Zahl der Jugendlichen	21 474	38 125
Überarbeit von Arbeiterinnen über 16 Jahre:	2 515	1 444
Zahl der Betriebe	149 626	97 117
Nacharbeit von Arbeiterinnen über 16 Jahre:	1 762	3 197
Zahl der Betriebe	118 172	252 055

Die Nacharbeit wird dort etwas erträglicher, wo drei Arbeitsschichten eingeführt sind, so daß nur eine 8-stündige Arbeitszeit in Frage kommt, aber die Zahl derartiger Betriebe ist verhältnismäßig gering.

Sowohl für Jugendliche Nacharbeit gestattet war, hatten 1915 nur 49 Betriebe und 1916 179 Betriebe die Dreischichten-Einteilung; für Arbeiterinnen bestand 1915 in 282 Betrieben und 1916 in 703 Betrieben die gleiche Arbeitsteilung.

Der Gesamtüberblick ergibt, daß im Vergleich zur Zahl der Beschäftigten die Ausnahmen nicht übermäßig häufig sind. Die Rüstungsindustrie ist dabei, wie die Berufsgruppierung ergibt, allen voran, die anderen Industrien treten sehr zurück. Es ist sehr bedauerlich, daß nicht für die Rüstungsindustrie allgemein die Dreischichten-Einteilung durchgeführt werden ist und noch 12-Stunden-Schichten in erheblichem Umfange bestehen. Zum Schutze der körperlichen Entwicklung unserer Jugendlichen, und um unsere Arbeiterinnen vor weiteren schweren Schädigungen zu bewahren, ist die Rückkehr zu dem im Frieden festgelegten Arbeiterschutz eine unabdingbare Notwendigkeit.

## Erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts!

Die Verfassungskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses, die am Donnerstag die zweite Lesung der Gesetzesvorlage begann, hat in einer einzigen Sitzung von knapp zwei Stunden die Vorlage über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten beraten. Der entscheidende § 2, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, wurde mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt. Für das gleiche Wahlrecht stimmten geschlossen Zentrum, Fortschritts, Polen, Sozialdemokraten und außerdem drei Nationalliberalen; dagegen Konervative, Freikonservative und die übrigen drei Nationalliberalen. Dies Resultat war vorzutagssehen, einmal weil die Kommission wesentlich die gleiche Zusammensetzung aufweist, wie bei der ersten Lesung, und zweitens, nachdem vor Eintritt in die Tagesordnung ein Freikonservativer die Erklärung abgegeben hatte, daß die Prekmatria, wonach seine Freunde umfallen würden, unrichtig sei; ihre Stellungnahme sei unverändert, nur ein kleiner Teil werde im Plenum für das gleiche Wahlrecht stimmen. Sämtliche Parteien stellten sich auf den Standpunkt, daß es keinen großen Zweck habe, lange Reden zu halten, sondern daß es unbedingt notwendig sei, sobald wie möglich eine Entscheidung herzuführen. Infolgedessen wurden so gut wie gar keine sachlichen Größerungen mehr gepflogen.

Die Aenderungen, die der Gesetzesvorlage erfahren hat,

## Eine dankbare Aufgabe für das Kriegswucheramt

wurden sämtliche deutsche Bezirks- und Ortspreisprüfungsstellen wort und ist trotz der geradezu unbegrenzten Langsamkeit, welche die Behörden gerade auf diesen lebhaften Gebiete gezeigt haben, die Aufdeckung und Ahndung des Möbelwuchers. Es gibt kaum einen Fach in der Erzeugung und im Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, in welchen, wie der Kriegswucher für Konkurrenzinteressen sehr richtig hervorhebt, die Möglichkeit der Gestaltung wünschenswerter Aussteuerung der „Kriegsmonopol“ leicht möglich ist, wie in der Möbelindustrie, also namentlich dem Bereich mit neuen Möbeln. Hierzu sind auch im Handel mit alten Möbeln sehr große Missbräuche zutage getreten, trotzdem es aberverständlich, wenn es, wie es scheint, vorläufig bei der Überwachung der Möbelndier sein werden, daß sie in den ersten Kriegsjahren, in denen bekanntlich Haushalt fast unverhältnismäßig war, mit Aufkäufen von den Möbelfabrikanten und Händlern losgeschlagen werden würden, wenn sich nur Käufer gemeldet hätten.

Fertige Möbel und ganze „Zimmer“ pflegen in den Büchern der einschlägigen Fabriken und Handlungen genau numeriert und beim Kauf entsprechend gebucht zu werden. Es ist also für die Beitragsleute der Preisprüfungskommission verhältnismäßig leicht festzustellen, ob etwa, wie es tatsächlich unzählige Male vorkommen kann, B. eine einfache gestrichene Schlafzimmer-Einrichtung, die ursprünglich 500 Mark „ausgezeichnet“ war, im Jahre 1917 mit 2500 Mark (!) verkauft worden ist.

Auch müssen gerade bei den an der Erzeugung und am Vertrieb neuer Möbel beteiligten Firmen die gesetzlich vorgeschriebenen Inventuren für 1914, 1915, 1916 gemacht sein, da diese Betriebe seinerzeit dazu Zeit genug gehabt haben und sich nicht, wie die Vertreter anderer Geschäftszweige mit Überbürdung entzweitigen können.

Bei einer entsprechenden öffentlichen Aufforderung würden sich ferner sicher zahlreiche Personen als überverteilt melden, denn die meisten, die zu derartigen „Kriegspreisen“ gelangt haben, werden sich ihrer Entwidigung bewußt sein, wenn sie auch ihren vollen Umlauf vielleicht nicht ahnen. Möglichstweise könnte durch eine spezielle Bundesratsverordnung eine nachträgliche Vergrößerung solcher „Überpreise“ seitens der Verkäufer an die Käufer in den bei der angeregten Nachprüfung einwändfrei festgestellten Fällen in die Wege geleitet werden.

Mindestens würden dabei aber sehr große Summen als Strafgelder in die Gerichtskassen fließen und auf diese Weise mittels der Allgemeinheit zugute kommen.

Hoffentlich greift man zünftigereits diese zeitgemäßen Anregungen des Kriegsauswahles für Konkurrenzinteressen auf. Ihre Verwirklichung ist eine Forderung der ausgleichenden Gerechtigkeit! Der Umgang der einzuleitenden Kontrolle des Neumöbel-Gewerbes darf dabei nicht abschreckend wirken! Wie sagt doch Altmeister Goethe? „Die Hauptblame ist, daß man ein großes Wallen habe und Geschick und Beharrlichkeit auszuführen; alles übrige ist gleichgültig.“ Und daß diese Eigenheiten den zuständigen Stellen nicht fehlen, sollte eigentlich ebenso selbstverständlich sein wie die Erkenntnis, daß es eine geradezu unenthulbare Unterlassungspflicht bedeuten würde, wenn diese Fälle krassester Ausbeutung des deutschen Volkes ungesühnt bleibten.

## Die Kontrolle der Getreidebestände.

Bei der Größerung über die recht bedeutsame Innahme des Saatguthandels ist vielfach das Verlangen gezeigt, durch eine strenge Kontrolle die Ablieferungspflicht der Landwirte zu überwachen, um so die Abgabe auf nicht ordnungsmäßigen Wege zu verhindern. Der Kriegsauswahl für Konkurrenzinteressen hatte schon im vorigen Jahre empfohlen, zu den Feststellungskommissionen, die mit der Kontrolle der Ablieferung beauftragt wurden, auch Vertreter der Konsumenten der großen Städte heranzuziehen. Diese Anregung wurde auch im Beirat für Volksernährung laut, worauf Herr von Waddow dem zustimmt und anordnete, daß Vertreter aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten zu den Feststellungskommissionen hinzugezogen würden.

Der Kriegsauswahl für Konkurrenzinteressen hat in einer Umfrage an diejenigen, die auf keinen Verdacht zur Kontrolle mit herangezogen wurden, teilzustellen verlangt, welchen Eindruck die genannten Kontrollen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe ge-

## Handel und Wandel.

Von F. W. Hädlaender.

## 71. Fortsetzung.

Emma flog auf mich zu und klammerte sich an mich mit einer wilden Angst, welche die rasenden, für sie nicht ganz verständlichen Worte des Heuchlers in ihr erregt: er sprang auf, als er mich bemerkte, seine Augen rollten wie die eines Wahnsinnigen, sein Mund schwante, und so trat er mir entgegen. Ich ließ das Mädchen auf einen Stuhl niedergleiten, sah ihn an der Brust und warf ihn mit solcher Kraft von mir, daß er in der Mitte des Zimmers zusammenstürzte. Im gleichen Augenblick öffnete sich die Stubentür und die Prinzessin, Madame Stieglitz, stand draußen auf dem Gange. Ich war mit meiner Cousine beschäftigt, tröstete sie, so gut ich konnte, und bemerkte die Frau draußen in ersten Augenblick gar nicht; als ich aber aufschauten, stand der Buchhalter neben ihr, hatte die Hände gefalzt und sagte: „So geht es den Gerechten in diesem Hause! O Frau Prinzessin, was hat sich unter diesem christlichen, gottgefälligen Dach ereignet!“

Madame Stieglitz trat einen Schritt vorwärts und die große majestätische Gestalt der alten Frau war, wie sie mit ausgehobener Hand dastand, wahrhaft erschreckend. Ihr Auge blieb zornig auf mich und ihre Lippe bebte.

„Dank sei dem Hohen!“ fuhr der Heuchler fort, „daß ich das Opfer der Wut jenes Menschen wurde. Gott, wenn ich mir denke, daß Sie, hochgeehrte Frau, dieses sündhafte Paar überrascht hätten, und daß Ihnen vielleicht das gleiche geschehen wäre! Den Herr verziehe Ihnen,“ sagte er und blieb statt zur Decke, „verzeihen auch Sie!“

Emma hatte sich am Stuhle aufgerichtet, und ich hatte sie unterstützt, indem ich meinen Arm um ihren Leib legte. So war die Stellung, in der uns Madame Stieglitz übertraffte — die Tür von meinem Zimmer in das des Mädchens war geöffnet, der Buchhalter lagte uns an —

Es schien, als ob die alte Frau etwas sagen wollte, aber die Stimme versagte ihr, sie legte beide Hände vors Gesicht, wandte sich um und ging langsam die Treppe hinab.

„Es done,“ ein paar Sekunden, ehe Emma das neue Schreibheft, das hier vorgefallen; dann aber rief sie sich von mir los, eilte an ihren Schreibtisch, warf in wilder Hast die Papiere heraus, bis sie gefunden, was sie suchte: es war ein „erlegtes Kunst“, sie hob es hoch empor und stützte mit dem Ausruf: „Gott wird helfen!“ die Treppe hinab. Der Herr sprach und ich stand uns gegenüber und hielten uns ernst und fürchterlich an. Ich glaubte, wir hätten uns beide gleich heftig, und waren beide im Begriff, übereinander herzufallen, um zu verhindern, was immer

sei, den anderen zu erwürgen. Das dauerte aber nur ein paar

Segunden, dann zog er sich rückwärts hürend langsam zurück,

ohne mit seinen Augen weiter Blicken zu lassen; ich folgte ihm ebenso, doch als er seine Stube erreicht, sprang er mit einem

großen Satze hinein und vertiegte die Tür hinter sich.

40.

Ein zweites Verhör und Ende des Buches.

So stand ich auf dem Gang allein an dem Treppengeländer und schwieg lange, lange in das finstere Haus hinauf. Unten aus der Küche drang ein Lichtstrahl, und ich hörte die Miedge zusammen flüstern, unterwarf auch die Stimme des Herrn Böse, der nach dem Buchhalter fragte. Wer hätte glauben können, daß in diesem sonst so ruhigen Hause so viel Zammer für mich entstehen könnte? Wilsdorf stieg ab eine Stufe um die andere hinauf, ging bei der Prinzessin vorbei und befand mich bald in dem Zimmer der Prinzessin, das durch ein Vorzimmer von der Treppe getrennt war. Sowohl dieses Vorzimmer als die Zimmertür waren nicht fest verschlossen, ein Lichtstrahl drang aus den Zimmern der Madame Stieglitz, doch wurde in denselben nichts gesprochen. Ich ging langsam näher und konnte jetzt das ganze

finstere Gemach übersehen; da saß die alte Frau in ihrem Lehnsessel und zu ihren Füßen auf einem niederen Stuhel saß ihr kleiner Nichte Emma, die ihren Kopf auf die Knie der alten Frau gelegt hatte, und das Kindes Körpers verriet, daß sie heftig

geleidet hatte. Ihre Haarschleifen waren aufgegangen und lang und golden fielen sie über ihre Schultern herab. Madame Stieglitz

hielt mit einer Hand einen Brief hinter das Gesicht, um ihn deutlich lesen zu können, und das, was sie las, mußte für sie sehr erregend sein, denn das Papier zitterte, und während dem Lesen legte sie ihre andere Hand auf das blonde Haar des Mädchens, sie fühlte an sich drückend. Jetzt legte sie den Brief fallen, schwieg ein kurzer Moment und legte sich wieder auf die alte Frau zu.

„Nicht wahr,“ sagte das Mädchen schluchzend und hielt ihre Hand, „nicht wahr, Sie glauben nicht, daß ich etwas Unrechtes getan.“

„Nein, mein Kind,“ tröstete sie die alte Frau, „ich hätte Ihnen deiner wahrhaften Erzählung über den Vorfall geglaubt, und nun erषt der Brief, den du mir gegeben; — wann hast du ihn von dem Doktor erhalten?“

„Es war nicht lange nachdem ich in Ihr Haus kam.“

„Ganz richtig, ungefähr vier Wochen vorher verließ die unglaubliche Therese daselbe, o, das ist ja ganz erstaunlich, ganz unglaublich.“

„Ganz richtig, ungefähr vier Wochen vorher verließ die unglaubliche Therese daselbe, o, das ist ja ganz erstaunlich, ganz unglaublich.“

„Ganz richtig, ungefähr vier Wochen vorher verließ die unglaubliche Therese daselbe, o, das ist ja ganz erstaunlich, ganz unglaublich.“

„Nicht wahr, Sie übergeben die Sache meinem Vetter — nicht den Gerichten, wie der Buchhalter gedroht?“

„Gott soll mich bewahren,“ sagte die Frau, „das würde ich schon nicht getan haben, wenn der junge Mensch auch keine warme und ehrige Fürsprecher hätte, wie du bist, mein kleines Kind; dies Papier da — sie zeigt auf den Brief — läßt mich sehr Schlimmes ahnen, doch wäre eine solche Schlechtigkeit unerhört.“

„Du bist überzeugt,“ fuhr sie fort, „daß dein Vetter unbeschuldigt ist?“

Das Mädchen richtete sich halb in die Höhe und hob die rechte Hand empor. „So wahr ich an einen Gott glaube,“ sagte sie feierlich, „und an eine Vergeltung für alles, was vor bösen Augen gesogen wurde.“

„El, el, Mädchen,“ sagte Madame Stieglitz freundlicher und führte sie wiederholts an die Stirn. „du bist eine ehrige Vertheidigerin und nimmt großen Anteil an deinem Vetter; ist das vielleicht mehr als verwandtschaftliche Liebe?“

Es entstand eine kleine Pause. Emma drückte ihr Gesicht an die Hand der würdigen Frau, dann erhob sie es wieder und sagte schüchtern und leise: „Warum soll ich ein Geheimnis vor Ihnen haben vor Ihnen, die mir wohl will und die mich nicht wie meine Mutter? Ja, es ist mehr als verwandtschaftliche Liebe; verzeihen Sie mir, ich habe dies noch gegen niemand ausgesprochen; aber ich liebe meinen Vetter mehr als alles auf der Welt! Alles, alles würde ich verlassen und ihm folgen, und würde ihm um so bereitwilliger folgen, wenn er, mit Verdacht beladen, ins Unglück ginge.“

Einen Augenblick sah die Prinzessin die Sprecherin gerichtet an, dann legte sie ihr beide Hände auf das Haupt und sagte feierlich: „Gott segne dich, mein Kind; ich hoffe auf Gott und will zu Gott bitten, daß er Ihnen nicht ins Unglück gebracht.“

Meine Gefühle, als ich das alles hörte und ich und nicht zu beschreiben; ich wollte ins Zimmer, wollte zu den Füßen der alten Frau sitzen und ihr in den feurigsten, herzlichsten Worten von meiner Unschuld sprechen; doch fühlte mich in denselben Augenblick eine Hand und drückte verzagt die meinige, und ich vernahm die Stimme des Doktors, welcher unverkennbar die seite Seite gesprochen war. „Nicht immer hört der Hörer an der Hand seine eigene Schande,“ sagte er, „wir wollen sehen, was er tun will, weiß ich freilich nicht viel mehr als heute wissen.“

Bei unserem Eintreffen blieb Madame Stieglitz erstaunt und Emma eilte mit einem leisen Schrei an der Tür, der Doktor saß sich einen Stoff, den ihm die Prinzessin mit einer Handtasche anbot.

„Gern haben Sie mir eine Frage, eine Bitte,“ sagte das Mad-

wurden haben. Man lasse aus den ständig abzulegenden Berichten den Eindruck gewinnen, daß die Milderung der Entnahmen, soweit sie völkerrechtlich vertraglich waren, vollkommen erfolgt ist. Größere Schänden sind aus den Berichten nur noch in einzelnen Fällen ersehbar, und die Innenpolitik berichtet fast allgemein die Milderung, daß in dem politischen Kreise von einer leichten Milderung, von der die "Deutsche Tageszeitung" sehr oft zu berichten weiß, nichts zu verbergen war. Dasselbe erkannten besonders auch die Amerikaner die Notwendigkeit an, die geforderte Menge abzuschaffen, wenn es auch hier und da schwer fiel, den Anforderungen nachzukommen. Man erklärte, wenn es sein muß, müssen wie diesen Anforderungen genügen. Die Berichte liegen ergänzend hinzu, daß man die Verpflichtung für den Kaufmarkt als erträglich erachtet habe. Die Ernährung ist auf dem Lande besser als für die innerdeutsche Bevölkerung in den Städten. Ein Berichtschreiber bemerkte, er habe den Eindruck gewonnen, daß allein selbst auf den großen Gütern, die seiner Kontrolle unterstellt waren, eine einfache Haushaltung ausgeübt wurde, die keinerlei nicht im Vergleich zu stellen sei mit der Lebenshaltung der Kriegsgewinner in der Stadt.

Bei einigen Berichten treffen wir Zweifel an, ob die Kommission alle Unterschläge erfasst kann. Innerhalb wird es sich um große Betände nicht handeln, die der Abholzung entzogen werden, soweit nicht schon vorher im Schlemmehandel Bestände verloren gegangen sind. Von einigen großen Gütern nur wurde behauptet, daß man dort ziemlichen Widerstand gegenüber den Anforderungen zum Ausdruck brachte. So erklärte ein Inspector auf einem größeren Gut in der Provinz Bojen: von möglicherweise, wie die Kommission feststellten sollte, noch 11.000 Kilogramm Roggen, Hafer und Gerste als abholzungspflichtig erachtet, er könne nur sagen, daß nichts abgeliefert werde. In dem gleichen Bezirk wurde auch die Beobachtung gemacht, daß auf einigen großen Gütern, mit dem Ausdruck sehr zurückhaltend, wurde: auf einem Gut waren noch mehr Günter des Getreides nicht ausgebrockt.

Vielfach lehnen in den Berichten Meinungsverschiedenheiten wieder über die Wirkung der hohen Preise für landwirtschaftliche Produkte. Ein Berichtschreiber, dem ein Bezirk in Wommelz zur Revision überwiesen war, bemerkte: In Erwartung mit den Großbetrieben über die hohen Preise, die der Landwirtschaft für ihre Produkte gezahlt werden, war bei den Kleinbauern ebenfalls die Meinung vertreten, daß die Preise zu hoch seien. Die Großgrundbesitzer waren vielfach der Ansicht, daß die Druck- und Schnelligkeitspreise, wenn nicht überschritten, so doch viel zu hoch seien und manche Ungerechtigkeit herbeiführen. So bei z. B. den Kleinbauern durch die eigenartigen Verhältnisse ihres Betriebes, die die Zuwendungen verhältnismäßig wenig zugelassen. Der Berichtschreiber fügt hinzu: Ich könnte mich des Eindrucks nicht erinnern, als wenn die Befreiter der Landwirtschaft bei den angehenden Stellen und deren Preise ein größeres Interesse an der fortwährenden Preissteigerung hätten als die Proletarier selbst. Es besteht nunmehr kein Zweifel, daß die Großgrundbesitzer wiederholt betonten, daß ihnen das unterländische Getreide höher steht, als die Städter landwirtschaftlich annehmen können.

Die Beobachtung, die über den Stand unserer Haushaltung gebracht wurde, ging allgemein dahin, daß besonders im Osten und Norden der Ernährungswelt außerordentlich ungünstig ist und mit Sorge auf den Beginn der Weidemigration gewarnt wird. Besonders nicht es mit der Beobachtung in Wittenberg und Magdeburg, wo in einigen Bezirken sehr zur ärgerlichen Vieh angezogen wurde. Bemerkt wird sehr oft, daß die hohen Preise für Fleinermittel die Landwirte vielfach vertrieben haben, mehr zu verlaufen, als für die Versicherung ihrer Viehwirtschaft genug erschien. Beklagt wird mit Recht, daß in Bedenklager keine in weitere Milieusfernöde eingesetzten würde.

Die Berichte lassen erkennen, daß durch diese Kontrolle den Betrieben aus städtischen Konsumzentren ein sehr interessanter Einblick in die Wirtschaftssituation auf dem Lande gewährt wurde. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Stadt nicht uner ein objektives Urteil zu finden ist über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe. Das reale Mittel um der Allesheit zu machen und zu einem ruhigen Urteil zu kommen, wird kein Tag der Bericht, der in diesem Jahr mit den Feiertagsauskünften gemacht werden, in fortgesetzt. Es wird dabei für beide Seiten ein Gewinn und verloren der Städter wird mit mehr Verständnis den verschiedenen Bedürfnissen und Interessen der Landwirtschaft gegenüberstehen und umgekehrt wird der Landwirt sich nicht aus überflüssigen Grabungen des Städtelebens ein ständiges Urteil über die Bedeutung der Ernährung zu eignen suchen. Es wäre daher sehr zu wünschen, wenn in den einzelnen Städten die von der Kontrolle betroffenen Regionen die Erziehung der ihnen unterstehenden Kreisen zur Kenntnis geben würden. Mit verdeckten Ansätzen eine gezielte Würdigung des Vorhabens, der eben die ungenügende Lebensmittelversorgung der Bevölkerung entlockt.

## Lenin und Trotzki.

Der Stockholm erhielt die Post vom einen Bericht über die Beziehungen zwischen Lenin und Trotzki, dem wir folgendes entnehmen:

Die politisch-militärische Regierung Rotschakows als Ganzes und Einheitlich betrachtet funktioniert nicht mehr. Moskau und Petersburg haben zwei von einander ganzlich verschiedene Regierungssysteme. Wahrer Lenin ist Moskau an der Spitze einer rein kommunistischen Regierungsgesellschaft, die nur mit dem mit dem Mittelpunkt absonderlichen Frieden abweichen will und im Prinzip daran geprägt ist, den im Deutschen Krieg vorgeführten Frieden mit der Ukraine sowie die Raumung Rumäniens unterstützen, während Trotzki in Belastung jeden von seinem Nachschub trennen will, um gemeinsam mit dem internationalen Krieg gegen England und Frankreich weiter zu ziehen. Trotzki verfügt über einen militärischen Plan, der im Prinzip den Frieden mit dem Mittelpunkt abweichen will, und der diesen Maßnahmen verhindert hat. Zeitungen aus Europa und Amerika berichten alljährlich vom Kampf der beiden zu erneuten, als ob Lenin und Trotzki hand in Hand arbeiteten, aber die Realität ist, die zwei zwischen den beiden nicht mehr zusammen. Trotzki war es, der die in Südrussland niedergelassenen Russischen Freiheits- und Volkskämpfer ausgewählt hat und gleichzeitig auch die britische und französische Konsulatsbeamten, die von wenigen Wochen auf Zusatz Hilfe benötigt haben, um die Kämpfe verhindern zu können. Mit diesen Plänen soll nun wieder eine neue zweite Linie zum Kampf für Englands Interessen gegen Deutschland gebildet werden, von der der russische Minister des Innern, Rjutin, neuerlich im Mittelpunkt der politischen Kämmer gesehen wird.

Der Bericht führt dann weiter aus, daß Trotzki sowohl bei den ungarischen Parteien als auch bei den sozialdemokratischen Parteien zu gewinnen scheint, während er Lenin für den Frieden ausspielen möchte, um möglichst dann als eigener Statthalter in Russland an die Spitze des Staates zu treten. Es steht dabei aber noch zu klären, wie genau die "sozialen Kämpfer" spielen, denn die Entscheidung darüber ist noch nicht getroffen.

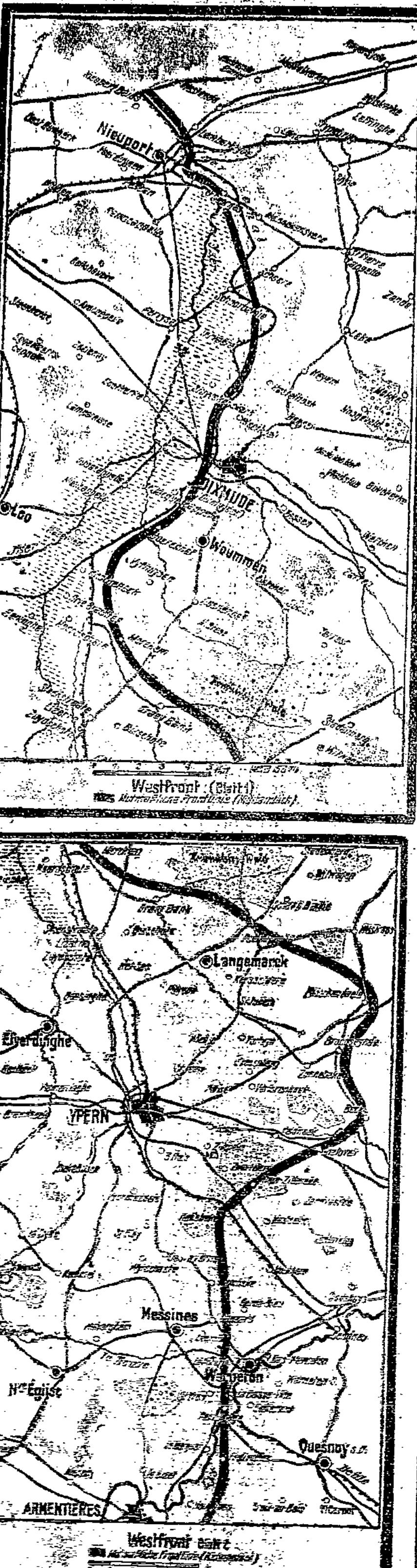
Einschließlich der des Gegegners gegen Lenin und Trotzki sind nur einige Wochen der Petersburger Korrespondent der "Deutschen Presse" ausgegangen in einem Brief, der die tatsächlichen Verhältnisse bestreitet, die die russische Regierung vor dem Frieden zwischen den beiden sozialistischen Staaten eingegangen sind, und auf die erneute Auseinandersetzung über den Frieden.

Dieser Bericht vom 22. Februar entnahm wieder etwas aus die

überlieferten Schriften.

Der überlieferte berufliche Bericht zeigt eine Vereinigung

der beiden großen, die der Friede in Russland sollte



geschlossen werden soll, das heißt, daß schon die ersten deutschen Friedensbedingungen hätten angenommen werden sollen. Lenin war immer der Meinung gewesen, daß seine Plan sei der, die Errungenheiten der russischen Revolution so viel wie möglich zu erhalten, die Revolution im Innern Russlands so viel wie möglich zu erhalten, bis zu dem Augenblick, wo die Fortsetzung des Krieges im Westen auch andere Völker dazu führen würde, sich der russischen Revolution an die Seite zu stellen. Trotzki dagegen ging von der Aussicht aus, daß die Revolution in Westeuropa unvermeidlich bestünde.

Über die deutschen Bedingungen verzerrte die "Brambo" auf einen Zusprung und eine Reformierung, daß das Exekutivkomitee am 6. Uhr zärtlichkeiten. Viele glaubten, daß die Kriegspartei bei den Soldaten den Sieg gewinnen würde; aber die Hoffnung wurde immer geringer. Der linke Flügel der Sozialistischen Revolutionäre, die weniger unter dem Einfluß von Lenin standen, fandigte an, daß die Partei gegen die Unterwerfung des Friedens sei.

Dann trat eine vollständige Entwicklung in der Haltung der Parteien auf. Während sich die Radikalfaktion, die vorher gegen die Unterwerfung des Friedens gestanden waren, nun für den Frieden entschloß, traten die alten, den Frieden befürwortenden Führer der Radikalfaktionen auf, wie Martow und Salomonow, dieser von der Gruppe "Russo-Sowjet", sehr heftig für den Frieden ein. Die Partei der Friedenssozialisten, wie Ruzel, Poloskow, Bronisz und andere, setzte am 10. Februar 1917 eine Friedensresolution ein.

Kontakt der allgemeinen Aussprache der Parteien führte sich fort, sondern er seine Annahmen komplett hatte, mit dem Frieden ein Waffenstillstand, eine Rente über das andere, freigegangen und Kunst seiner Idee, daß er nicht einmal die Ruhe aufzuhalten, die er zu bringen. Er trug als ein-

jäger im Saale allezeit ein frohes Lächeln auf dem Gesicht. Aus seiner Sicherheit könnte man bald fühlen, daß für die Kriegspartei wenig Hoffnungburg blieb. Die Sitzung des Exekutivkomitees begann um 5 Uhr morgens. Sowjetlos las die deutschen Bedingungen sehr rasch und nachlässig vor; denn sie waren schon in den Sitzungen der Fraktionen wiederholt vorgelesen worden. Aber ich glaube, daß die gute Haltung der Anwesenden ihre Bedeutung nicht begriff. Trotzki war nicht da. Er hatte seine Stellung schon in dem Augenblick preisgegeben, als er sich durch Lenin hätte bestimmen lassen, das Kapitulationstelegramm abzuhängen zu lassen. Diese Tatsache allein hatte ihm so viel von seiner Autorität genommen, daß er, wenn er auch anwesend gewesen wäre, gegen seine eigene Überzeugung für Lenins Vorstoß hätte eintreten müssen.

Dann wurde es still im Saal. Eine Ruhe, die derjenigen glich, die bei Verkündung eines Todesurteils eintritt. Lenin bestieg vorerst Selbstvertrauen die Rednertribüne und sah in einer vierzigstündigen Rede unerbittlich und ohne jede äußere rhetorische Melierung auseinander. Er betonte die Nützlichkeit des Widerstandes und wies auf die Tatsache hin, daß sich noch in keinem anderen Lande die Anzeichen der Revolution zeigen. Deshalb sei es unmöglich, einen Kampf aufzunehmen zu wollen, ohne die Gewissheit zu haben, daß er auch die übrigen Völker zur Erhebung veranlassen würde. Lenin wurde von etwas mehr als der Hälfte der Anwesenden applaudiert.

Martow hielt eine prächtige Oppositionsrede, aber wie alle Oppositionsreden verbreitete er sich mehr über die Nützlichkeit eines Separatfriedens als über die unerträglichen deutschen Friedensbedingungen. Als man zur Abstimmung überging, überzog man mit einem einzigen Blick die Situation. Den darauf folgenden Stimmenzähler ergab 116 Ja, 85 Nein und 26 Entहaltung. Ein einziger Bolschewiki, Krasanow, mißachtete die Parteidisziplin und stimmte gegen den Frieden. Er wurde von der Opposition stark bestraft. Es war schrecklich zu hören, wie die Männer einer nach dem anderen, die bis zur Versammlung noch gegen die Unterzeichnung gearbeitet hatten, jetzt mit halblauer Stimme gegen ihr eigenes Gewissen "Ja" sagten. Nach der Abstimmung ging man über zur Verlesung der Erklärungen der verschiedenen Parteien, und um 6 Uhr schon vertrat sich das Exekutivkomitee.

Sonst am Tage darauf erkannten die Geister, nachdem sie sich einigermaßen ausgeruht und erholt hatten, daß Lenin recht habe, und daß es klüger sei, sich in die Lage zu führen, als um einer rhetorischen Gefahr willen Petersburg zu opfern. Die Truppen weigerten sich ohne Auseinander zu kämpfen. Eine ganze Division, die Narva verteidigen sollte, kehrte diejenigen ganz einfach den Rücken. Ihr Kommandant Argentow protestierte. Die Soldaten antworteten ihm, daß sie keine Lust hätten, sich mit den Deutschen zu schlagen.

## Aus Nah und Fern.

Berücksichtiger Fleischgenuss. Es ist in letzter Zeit oft vor dem Genuss von Schweinefleisch gewarnt worden, daß aus den besetzten Gebieten eingeschafft und nicht der amtlichen Fleischbefreiung unterworfen worden ist. In letzter Zeit haben sich auch die Fälle von Typhuse-Erkrankungen in erschreckender Zahl gehäuft. Es wird heute wieder mitgeteilt, daß bei einem Fußstiel, das der bekannte Arztdoktor und Sportsmann Helland stirbt, in Berlin, verfaßt, etwa 25 Personen an Typhus erkrankt sind. Angefangen von Helland selbst, der sich bereits auf dem Wege der Besserung befindet, sind eine Anzahl der bekanntesten Berliner Heilpraktiker von dieser Krankheit ergriffen worden, so der Sportredakteur des Berliner Tageblatts Arno Brandt, der Sportredakteur des Berliner Lokalzeigers Dr. Doerr, der Sportredakteur der National-Zeitung Ernst Brauer, der Redakteur des Weltspiegels Max Bauer und andere. Bei einigen übrigen Teilnehmern an diesem Frühstück hat die Krankheit einen deutlich ernsteren Verlauf genommen, daß bereits eine Anzahl davon fallengestanden sind.

Durchlaucht zieht um. In der "Lippischen Landeszeitung" vom 30. März dieses Jahres las man: „Damit die Haushaltung Seiner Durchlaucht des Prinzen Julius Brost sich nicht wiederum vor die Notwendigkeit gestellt sehen müsse, eine für Seine Durchlaucht geeignete Wohnung aus Gefälligkeit für den Besitzer plötzlich aufzugeben zu müssen, hat Seine Durchlaucht das erste förmlich von Herrn Geheimrat A. exponierte Grundstück in Hochsteinen Besitz gebracht. In dem Hause sollen zunächst die Möbel Seiner Durchlaucht und die Familie des Haushofmeisters untergebracht werden. Sobald die Mietverhältnisse des neuen Hauses sich gestellt haben, soll dasselbe zur provisorischen Wohnung Seiner Durchlaucht dienen. Falls trotz aller Bemühungen ein geeigneteres Haus gefunden werden sollte, welches die Möglichkeit einer dauernden Wohnung für Seine Durchlaucht und Hochsteins ganzer Familie bietet, wird Seine Durchlaucht zu Hochsteinen lebhaftesten Bedenken sich gezwungen sehen, von Bad Salzuflen fortziehen zu müssen.“ Seine Durchlaucht wird zweifellos gern zu Hochsteinen Rechnung genommen haben, wie großes Interesse das Blatt des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Neumann-Hofer diesen hochmöglichen Vorgängen im Leben Hochsteins und Hochsteins ganzer Familie entgegenbringt.

Von einem Stalles aufgespielt. Der Landwirt Schäfer in Alstedt wurde von einem wütenden Stier angefallen und auf die Hörner gespielt. Man fand ihn furchtbar zugerichtet in der Ecke des Stalles liegen. Der Unglückliche war so schwer verletzt, daß er bald darauf verstarb.

Ein tödlicher Giftmordanschlag. Eine ratschbare Giftmordaffäre beschäftigt gegenwärtig die Wiener Gerichte. In der Familie des Direktors der Lehrerinnenbildungshilf, Leiterin Inspektors Biller, verkehrte eine jugendliche Lehrerin Milica v. Bulow anfangs die Brancz, die Tochter eines Bezirksamtmannes, die als hochbegabtes, geistig ungewöhnlich entwickeltes Mädchen gefilzt wird. Nun ereignete es sich wiederholt, daß an Mitgliedern der Familie des Landesfürsichtsleiters Giftmordversuche verübt wurden. In den Speisen, die die Familienangehörigen nach sich den Lehrerin der Lehrerin genossen, wurde Arsenit vorgefunden. Der Verdacht richtete sich gegen die Lehrerin, doch konnte ein Beweis gegen sie nicht erbracht werden, und Landesrichter Biller begnügte sich damit, dem Mädchen den weiteren Verbleib in seinem Hause zu untersagen. Trotzdem gelang es Fräulein v. Bulow anfangs wieder Einsatz in sein Haus zu gewinnen, und am 14. Februar 1917 wurden nach einem Besuch, den sie in der Wohnung abgehalten hatte, in den Eigenartenpille, die Frau Biller zu nehmen pflegte, 18 Zentigramm giftiger Phosphor vorgefunden. Nun wurde die Anzeige erstattet und der Lehrerin das Betreten des Hauses strengstens verboten. Während noch die Untersuchung schwelte, erschien eines Tages ein zwölftägiges Schulmädchen bei dem Landesfürsichtsleiter und überreichte einen anonymen Brief, in dem der Inspektor aufgefunden wurde unter dem Sofa im Vorzimmer seiner Wohnung Nachthaus zu halten. Dort wurde er ein Giftdepot seines Adolphe Kahn's Albert entdeckt. Tatsächlich fand man an dem beschriebenen Ort zwei Gläserchen, von denen eins roten Phosphor, das andere Orcinum enthielt. Das Kind gestand, daß es von der Lehrerin das Betreten des Hauses strengstens verboten.

Während noch die Untersuchung schwelte, erschien eines Tages ein zwölftägiges Schulmädchen bei dem Landesfürsichtsleiter und überreichte einen anonymen Brief, in dem der Inspektor aufgefunden wurde unter dem Sofa im Vorzimmer seiner Wohnung Nachthaus zu halten. Dort wurde er ein Giftdepot seines Adolphe Kahn's Albert entdeckt. Tatsächlich fand man an dem beschriebenen Ort zwei Gläserchen, von denen eins roten Phosphor, das andere Orcinum enthielt. Das Kind gestand, daß es von der Lehrerin das Betreten des Hauses strengstens verboten.

Zum Dampfschiffangriff auf der Donau. Auf Budapest wird gedroht. Nach Mitteilung der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft sind auf dem Platz des infolge Zusammenstoßes gesunkenen Schiffes "Diana" bisher 22 Leichen geborgen. Im